

Evangelische Verantwortung



Die CDU ist die Europa-Partei

Interview mit David McAllister MdL,
Spitzenkandidat der CDU
im Europawahlkampf *Seite 3*

Barmen neu bekennen!

Klaus Baschang OKR i.R. *Seite 6*

**Am 25. Mai ist
EUROPAWAHL:
JA zu CDU und CSU**

- 11** *Wilhelm v. Arnim – Bekenntnis in dunkelster Zeit*
- 15** *Israel heute: Gelobtes Land – zerrissenes Land*
- 18** *Aus unserer Arbeit*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Wo die am ursprünglichen Sinn von Barmen geschulte, selbstkritische und demütige Bekenntnishaltung fehlt, wächst auch die Anfälligkeit für Zeitgeist-Ideologien.

in diesem Monat gedenken wir des 80-jährigen Jubiläums der **Barmer Theologischen Erklärung**, dieses so wichtigen und wirkungsgeschichtlich bedeutsamen Zeugnisses der Bekenntnissynode von 1934. Gegenüber der unsäglichen Ideologie und dem Rassenwahn des Nationalsozialismus, die auch mehr und mehr den deutschen Protestantismus und die evangelischen Landeskirchen zu erfassen drohten, setzten die bekenntnistreuen Vertreter aus Reformierten und Lutheranern, die sich im Wuppertaler Stadtteil Barmen, in der Gemarker Kirche, zusammengefunden hatten, ein klares und beispielhaftes Zeugnis. Es war dies ein mutiges Zeugnis gegen den verheerenden Geist der

Zeit, ein geistliches wie politisches Signal von herausragender Bedeutung und zugleich auch eine notwendige Wegmarke für die innerkonfessionelle protestantische Verständigung der folgenden Jahrzehnte.

Bereits vor 30 Jahren beschäftigte sich übrigens der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU auf seiner **26. Bundestagung in Wuppertal** ausführlich mit dem Thema „**Barmen heute – Der evangelische Christ im Staat des Grundgesetzes**“. Vor dem Hintergrund der kontroversen friedenspolitischen Nachrüstungsdebatte machte der EAK deutlich, dass es nicht statthaft ist, die so wegweisenden Bekenntnis- und Verwerfungssätze von Barmen (die ja ganz konkret vor dem Hintergrund der politisch totalitären Verhältnisse im Hitler-Deutschland zu verstehen sind) unter den völlig veränderten Bedingungen einer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung einseitig für bestimmte und dabei höchst strittige tagespolitische Forderungen und Interessen in Anschlag zu bringen. Die radikale Absage linksprotestantisch geprägter Kreise an jede Form der Nachrüstung zur Sicherung des Friedens, aber auch die vehemente Art ihrer gezielt-parteilpolitischen Frontstellung gegenüber den politisch anders denkenden evangelischen Geschwistern kann bis heute als ein Paradebeispiel für eine im schlechten Sinne „politische“ Kirche angesehen werden.

Der ehemalige **EAK-Bundeschef Albrecht Martin** hat das hier zugrunde liegende Problem messerscharf auf den Punkt gebracht. Er betonte auf der erwähnten EAK-Bundestagung von 1984 treffend: Wenn es richtig wäre, dass es vom Bekenntnis zu Jesus Christus her, wie es etwa in den beiden ersten Thesen von Barmen für uns gültig formuliert ist, nur ganz bestimmte politische Konsequenzen für den Christen gäbe, dann wären damit die Bedingungen der demokratischen Ordnung letztlich in Frage gestellt. An die Stelle des Abwägens verschiedener politisch denkbarer Lösungen träte dann

nämlich das Bekenntnis. Dann aber würde für Christen auch ein demokratischer Staat, dessen Organe sich für eine andere Lösung entschieden, zum Gegner, vielleicht sogar zum Feind. Umgekehrt müssten Christen, die nach gründlicher Prüfung aller Argumente sich z.B. für eine andere politische Lösung bzw. Antwort entscheiden, sich aus ihrer eigenen Kirche ausgeschlossen fühlen.

Dieser bemerkenswerte Einspruch Albrecht Martins hat auch heute noch seine volle Gültigkeit, gerade auch im Spiegel der z.T. völlig veränderten Themenlagen und der aktuellen politischen Herausforderungen. Als Christinnen und Christen können wir gerade im Raum der Politik immer wieder nur gemeinsam um die besten Lösungswege ringen, und dies im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Unvollkommenheit. Von daher sollten wir uns gerade in unserer Evangelischen Kirche immer wieder selbstkritisch bewusst machen, dass es bei den tagespolitischen Fragen in einer freiheitlichen und rechtsstaatlich verfassten Demokratie von keiner Seite aus ein einseitiges Deutungsmonopol geben kann, weder in Form kirchenamtlicher Verlautbarungen noch in Form individueller Einzelbekenntnisse, mögen sie dabei auch noch so sehr vom Pathos des prophetischen Wächteramtes getragen sein. Stattdessen wird uns – mit dem Abstand der Jahre – vielleicht immer deutlicher, dass gerade dort, wo diese am ursprünglichen Sinn von Barmen geschulte, selbstkritische und demütige Bekenntnishaltung fehlt, die Anfälligkeit für alle möglichen Zeitgeist-Ideologien womöglich eher wächst als schwindet.

Als EAK gilt für uns im Jahre 2014 demzufolge noch daselbe, was bereits 1984 formuliert wurde:

„Wir wissen, dass keine menschliche Ordnung vollkommen ist und dass wir uns als Christen im demokratischen Staat nach unseren Erkenntnissen, Möglichkeiten und Fähigkeiten einsetzen können und müssen für die Bewahrung und Weiterentwicklung gerechter, freiheitlicher und menschenwürdiger Verhältnisse. Deshalb rufen wir auf, in der Verantwortung vor Gott entschlossen und uneigennützig mitzuwirken an der Gestaltung unserer Bundesrepublik Deutschland und einer Welt, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden herrschen.“

Wir wissen, dass politische Positionen und Meinungen „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ nicht den Anspruch erheben dürfen, absolute und letzte Wahrheiten zu sein. Deshalb rufen wir auf, Wort und Werk Gottes nicht zur Begründung und Rechtfertigung politischer und sozialer Ziele, Programme und Ansichten zu missbrauchen, sondern unterschiedliche politische Meinungen in Achtung voreinander auszutragen, ohne dem anderen die Gemeinsamkeit des Glaubens abzusprechen.“

Gottes Segen!
Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Die CDU ist die Europa-Partei

Interview mit David McAllister MdL, Spitzenkandidat der CDU im Europawahlkampf

1. Sehr geehrter Herr McAllister, Sie sind kürzlich auf dem 26. Parteitag zum Spitzenkandidaten der CDU Deutschlands für die Europawahl gewählt worden. Hierzu noch einmal herzlichen Glückwunsch! Was ist Ihre Hauptbotschaft an die Wählerinnen und Wähler?

Die europäische Einigung ist historisch einmalig. Die Europäische Union ist ein weltweit einzigartiges Projekt der gemeinsamen Werte, des Friedens und der Freiheit. Sie zu bewahren, zu festigen und fortzuentwickeln ist das Ziel christlich-demokratischer Politik – jetzt und auch in Zukunft. Dafür möchte ich mich in Brüssel und Straßburg engagiert einsetzen.

2. Europa-Kritiker scheinen derzeit Hochkonjunktur zu haben, vor allem auch bedingt durch die Staatsschuldenkrise in vielen Ländern, die als noch längst nicht überwunden betrachtet wird. Was erwidern Sie diesen Euro-Kritikern?

Es wird in der Zukunft vor allem darum gehen, die Europäische Union bürgernah, transparent und demokratisch aufzustellen, damit das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union und ihre Institutionen wieder verstärkt wird.

Europa hat in den vergangenen Jahren eine schwierige Zeit durchgemacht. Die aus der Verschuldungskrise folgende tiefe Vertrauenskrise war ein Weckruf. Die Krise hat seit 2010 in einigen Staaten der Eurozone offengelegt, dass wirtschaftliche Stärke auf Pump nicht nachhaltig ist. Heute sind wir in Europa auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum ein gutes Stück vorangekommen. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir große Anstrengungen unternommen und konnten so insbesondere die Eurozone stabilisieren. So wurden das Fundament des Euro gefestigt, Schwachstellen bei der Einführung des Euro erkannt und behoben, der Stabilitäts- und Wachstumspakt gestärkt sowie um den Fiskalpakt ergänzt.

Eine Politik, die sich vom Euro abwendet und eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder neue Experimente fordert, ist nicht nur rückwärtsgewandt, sondern ökonomisch und politisch unverantwortlich. So eine Politik gefährdet unseren wirtschaftlichen Wohlstand und hunderte tausende Arbeitsplätze in Deutschland.

3. Oft wird polemisiert, dass die Strukturen in Brüssel und Straßburg technokra-

tisch, bürokratisch oder sogar pseudodemokratisch wären: Der Publizist Henryk M. Broder sprach sogar in einem ironischen Vergleich davon, dass das jetzige Europäische Parlament mehr mit dem „Obersten Sowjet der ehemaligen Sowjetunion, als mit der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg-Friedrichshain gemein“ hätte. Warum sind die Wahlen zum Europa-Parlament für die Bürgerinnen und Bürger wichtig und wie soll das Europa der Zukunft aussehen?

Die Wahl zum Europäischen Parlament ist für die Bürger in der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung. Denn mit dieser Wahl werden die Weichen für das Europa von morgen gestellt. Wir stimmen darüber ab, wie wir in Zukunft leben wollen.

Das Europäische Parlament ist die einzige direkt demokratisch gewählte Institution der Europäischen Union. Es ist zentral für die Entscheidungsfindung und für die demokratische Legitimierung europäischer Politik. Diese Parlamentswahlen werden die ersten unter dem Vertrag von Lissabon sein. Das Parlament hat auf der Grundlage dieses Vertrages erheblich an Kompetenzen gewonnen. Seine Stellung ist stärker als je zuvor. Auch

deshalb sollte jeder Bürger seine Stimme nutzen, um Einfluss auf die zukünftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu nehmen.

4. Die Lage in vielen europäischen Ländern ist nach wie vor kritisch. Sind wir auf dem richtigen Weg zur Haushaltskonsolidierung?

Ja. Der dauerhafte Europäische Rettungsschirm ESM funktioniert. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ wirkt – Unterstützung und Hilfe sowie Strukturreformen in den betroffenen Staaten und Konsolidierung der Finanzen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dadurch gibt es bereits spürbare Erfolge: Mit Irland und Spanien können zwei Länder die Früchte ihres Reformkurses ernten und die europäischen Hilfsprogramme verlassen. Auch in Portugal, Zypern und Griechenland gibt es erste Verbesserungen. Aber wir sind noch lange nicht über den Berg.

Jeder EU-Mitgliedsstaat ist für einen soliden Staatshaushalt zuerst selbst verantwortlich. Einer Schuldenvergemeinschaft tritt die CDU daher entschieden entgegen. Die von den europäischen Sozialisten geforderten Eurobonds und Schuldentilgungsfonds lehnen wir konsequent ab.

5. War die recht zügige Ausdehnung der Europäischen Union in den letzten Jahren, vor allem auch auf viele ost- und südeuropäische Länder, am Ende vielleicht doch ein Fehler? Und brauchen wir jetzt, wie es Jean-Claude Juncker auf dem CDU-Parteitag formulierte, eine „Erweiterungspause“?

Die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union haben Europa Stabilität und Frieden gebracht. Sie haben Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen insgesamt gebracht. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der EU-Mitgliedsstaaten von 12 auf 28 erhöht. Das hohe Tempo der Erweiterung war notwendig, belastet die Europäische Union zugleich in ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Gerade angesichts der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise muss daher in den nächsten Jahren die Festigung der Europäischen Union und die Vertiefung unserer Zusammenarbeit Vorrang vor weiteren Erweiterungen haben. Gleichwohl sollte die Europäische Union grundsätzlich für weitere europäische Staaten offen bleiben.

6. Die CDU hat auf ihrem 26. Parteitag ihr Europawahl-Programm beschlossen. Wofür steht die Union und was unterscheidet sie von ihren politischen Gegnern?

Die CDU ist die Europapartei Deutschlands. Wir sind die Partei von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa auch künftig im globalen

Wettbewerb eine führende Rolle spielt. Nur so ist vieles, was wir in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand im Alltag genießen, auch in Zukunft möglich. Um dies zu sichern, setzen wir darauf, einen stabilen Euro, nachhaltige Wachstumschancen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Leitbild von uns Christdemokraten ist dabei die Soziale Marktwirtschaft. Sie ermöglicht Wohlstand und soziale Sicherheit. Denn sie baut auf drei Säulen auf: Auf tüchtige und verantwortungsvolle Bürger, auf leistungsstarke Unternehmen und auf einem verlässlichen, handlungsfähigen Staat. Soziale Marktwirtschaft bevormundet die Bürger nicht, sondern traut ihnen etwas zu.

Ganz wichtig für die Zukunft sind solide Staatshaushalte. Dafür ist – wie bereits erwähnt – jeder EU-Mitgliedsstaat selbst verantwortlich. Die Maastricht-Kriterien sind unverändert gültig und notwendig. Wir treten einer Schuldenvergemeinschaft entschieden entgegen. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den Mitbewerbern aus dem linken Spektrum.

7. Die schrecklichen Bilder ertrinkender Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas stehen uns dramatisch vor Augen. Die Union will sich nun für eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik einsetzen. Was bedeutet das konkret?

Wenn Boote im Mittelmeer kentern, dann ist es die erste und oberste Pflicht, Menschenleben zu retten. Die CDU tritt für den Schutz politisch Verfolgter ein. Das entspricht unserem Grundgesetz und unserer christlichen Überzeugung. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland und Europa vertrauen können.

In der Vergangenheit haben wir mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem hohe Schutzstandards für Flüchtlinge errichtet. Damit verfügt die Europäische Union über ein modernes und weitreichendes Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht.

Nach dem sogenannten „Dublin-Verfahren“ ist ein Asylgesuch in dem Mitgliedsstaat zu stellen, in dem der Asylsuchende erstmals in die Europäische Union gelangt ist. In der Praxis weist das Verfahren jedoch Mängel auf. Insbesondere scheitert bei einer großen Zahl der Fälle die Überstellung in den eigentlich zuständigen Mitgliedsstaat. Wir müssen weiterhin auf ein funktionierendes gemeinsames Asylsystem vertrauen. Denn kein Mitgliedsstaat kann die anstehenden Probleme alleine lösen. Hierfür gilt es, die Umsetzung des gemeinsamen Asylsystems voranzutreiben und die praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zu verstärken. Wir werden darauf drängen, dass alle Mitgliedsstaaten die

gemeinsamen Asylregelungen in der Praxis tatsächlich anwenden.

8. Ein weiteres, auch viele Kommunen bewegendes Thema, ist das der Armutszuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme. Hier gibt es nun Stimmen (auch vermehrt aus den Kirchen), die dies im Grunde genommen als Populismus werten und bestreiten, dass hier überhaupt ein nennenswertes Problem liegt. Wie beurteilen Sie das?

Die Freizügigkeit gehört zu den großen Errungenschaften der Europäischen Union. Sie ist eine der Grundfreiheiten unseres gemeinsamen Binnenmarktes und damit Grundlage unseres Wohlstandes. Die CDU will die Chancen des gemeinsamen Arbeitsmarktes noch mehr Menschen eröffnen. Konkret wollen wir die Vermittlung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen in der EU verbessern.

Eine wesentliche Ursache für Armutswanderung innerhalb der Europäischen Union ist das Wohlstandsgefälle zwischen ärmeren und reicheren Mitgliedsstaaten. Damit niemand allein wegen Armut sein Land verlassen muss, setzen wir uns dafür ein, dass die Herkunftsstaaten die Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort und die Integration von Minderheiten nachhaltig verbessern. Hierbei wird europäische Solidarität gewährt. Wir müssen dafür sorgen, dass sie auch in Anspruch genommen wird, dass europäische Fördergelder abgerufen und zielgerichtet eingesetzt werden. Solange die Unterschiede allerdings so groß wie gegenwärtig sind, gilt es darauf zu achten, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer dies berücksichtigt und nicht durch Armutswanderung überlagert wird. Einer Zuwanderung aus anderen EU-Staaten, die allein darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, treten wir entschieden entgegen.

9. Europas Verantwortung in der Welt betrifft auch den aktiven und Konsequenzen Einsatz für Freiheit und Menschenrechte überall in der Welt. Was tut die CDU hier?

Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie sind Ausdruck der unantastbaren Würde des Menschen. Auf dieser Grundüberzeugung fußt unser politisches Handeln in Deutschland, in Europa und in der Welt. Das intensive Bemühen für die Umsetzung und die Wahrung der Menschenrechte beruht auch auf unserem christlichen Bild vom Menschen. Das muss weiter wesentlicher Teil einer wertegeleiteten europäischen Außenpolitik sein.

Wir wollen die Religionsfreiheit als universelles Menschenrecht weltweit voranbringen und die Lage der religiösen Minderheiten, insbesondere auch der

Christen, verbessern. Die zunehmende Diskriminierung und Verfolgung von Christen in der Welt bedarf einer wirksamen europäischen Antwort. Gleichzeitig ist unsere Solidarität mit allen diskriminierten religiösen und ethnischen Minderheiten selbstverständlich.

10. Der französische Philosoph Bernhard Henri-Lévy hat einmal gesagt, Europa sei kein Ort, sondern eine Idee.

In diesem Zitat steckt viel Wahres. Mit ihrem Wahlprogramm bekennt sich die CDU einmal mehr eindeutig zur europäischen Idee. Uns leitet das christliche Menschenbild. Seit 2009 ist die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in der sich die Europäische Union zu ihrem geistig-religiösen und sittlichen Erbe bekennt, rechtlich verbindlich für die Arbeit der EU-Institutionen. Dies ist ein wichtiger Schritt für das Europa der Werte. In der Rechtspraxis muss die Charta der Grundrechte noch stärker mit Leben erfüllt werden. Mit ihrem Bekenntnis zu Toleranz trägt die Europäische Union zu einem friedlicheren Miteinander der Regionen und Religionen der Welt bei. Ein starkes und selbstbewusstes Europa ist unsere Alternative zu den auf Unterdrückung, Fanatismus und Hass setzenden Regimen in anderen Teilen der Welt.

Die Europäische Union tritt für Frieden, Freiheit und Wohlstand, Demokratie,

Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte ein – in Europa selbst und überall in der Welt. Die Krise in der Ukraine führt uns deutlich vor Augen, wie wichtig es ist, das Europa nach außen mit einer starken Stimme spricht. Nur gemeinsam können wir erfolgreich unsere gemeinsame Idee, Werte und Interessen verteidigen und durchsetzen.

11. Auch die Türkei unter Erdogan ist derzeit weit davon entfernt, allgemeine menschenrechtliche Standards wie z.B. Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie Minderheitenrechte adäquat zu gewährleisten. Ist es überhaupt noch realistisch, der Türkei Aussichten auf eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zu machen?

Die CDU sieht die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa. Ebenso sehen wir die gewachsenen, vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in der Europäischen Union und in der Türkei. Die türkischstämmigen Menschen in Deutschland stellen eine wichtige Brücke zwischen unseren Ländern dar. Sinnvoll sind daher eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil das Land die

Voraussetzungen für einen Beitritt zur Europäischen Union nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union überfordert.

12. Sie selbst bezeichnen sich als einen überzeugten Europäer, stammen aus einer deutsch-britischen Familie und sind zweisprachig aufgewachsen. Was kennzeichnet einen überzeugten Europäer?

Jeder von uns hat vermutlich eine persönliche Erfahrung gemacht, die sie oder ihn europapolitisch besonders geprägt und zu seinem „überzeugenden Europäer“ gemacht hat. Für mich war es ein besonderes Ereignis als mein Vater, der 1944/1945 auf britischer Seite im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte, 1989 bei meinem Feierlichen Gelöbnis als Bundeswehrrekrut zugegen war und mich eben auf die für ihn emotionale Bedeutung dieses Tages hinwies. Das hat mich sehr berührt. Das vereinte Europa ist die Lehre aus den Fehlern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das vereinte Europa ist die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das ist die entscheidende Botschaft für den 25. Mai!

Sehr geehrter Herr McAllister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen von Herzen alles Gute und viel Erfolg!



**„Für ein Europa,
das den Menschen
dient.“**

David McAllister, Spitzenkandidat zur Europawahl.



Gemeinsam erfolgreich in Europa.

Barmen neu bekennen!

Zum 80-jährigen Jubiläum der Barmer Theologischen Erklärung

| Klaus Baschang, OKR i. R., Karlsruhe

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) tastet sich an das 500-jährige Reformationsjubiläum heran, das 2017 in Erinnerung an die Veröffentlichung der Ablassthesen von Martin Luther begangen werden soll. Dazu gibt sie nun Jahr für Jahr ein besonderes Thema vor, das für eine reformatorische Selbstbesinnung in den Gemeinden und in der Öffentlichkeit wichtig ist. Bereits 2014 muss ein solches Thema auf der Agenda stehen, das bisher nicht benannt ist, gerade aber für die EKD und ihr Selbstverständnis besondere Bedeutung hat: Im Mai 1934 sind in Wuppertal-Barmen Vertreter lutherischer, reformierter und unierter Kirchen, freier Synoden, Kirchentage und Gemeindekreise zu einer „Bekennnissynode“ zusammen gekommen. Sie haben eine „Theologische Erklärung“ verabschiedet, die alsbald „Barmer Bekenntnis“ genannt wurde. Damit war ein hoher Ton angeschlagen. Und zwar mit Recht. Denn in Barmen haben erstmals seit der Reformation autorisierte Vertreter der unterschiedlichen Konfessionen, die aus der Reformation hervorgegangen sind, ein gemeinsames Bekenntnis abgelegt. Das hätte eine Sternstunde auf dem Weg zu einer theologisch vereinigten Evangelischen Kirche werden können. So steht denn auch hoffnungsvoll vor den sechs Thesen dieser Satz: „Wir befehlen es Gott, was dieses für das Verhältnis der Bekenntniskirchen untereinander bedeuten mag.“ Die Hoffnung ist bislang nicht eingelöst. Die EKD hat sich angestrengt, die organisatorische Einheit zwischen den Gliedkirchen zu verbessern. Aber eine theologische Einheit gemeinsamen Bekenntens ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Die sogenannte Orientierungshilfe zu Ehe und Familie hat tiefe Gräben sichtbar gemacht und noch weiter eingerissen. Kann ein Update von Barmen 1934 bis zum Reformationsjubiläum 2017 die erhoffte theologische Besserung bringen?

Immerhin: Auf die sechs Glaubenssätze von Barmen werden Pfarrerinnen und Pfarrer, Presbyterinnen und Presbyter, Prädikantinnen und Prädikanten bei der Amtsübertragung verpflichtet. Das ist eine kirchenamtliche Basis, die der eigenen Orientierung dient und bei Auseinandersetzungen über die kirchliche Lehre in Anspruch genommen werden kann.



These 1

Gleich der erste Satz weist weit über die damaligen Zusammenhänge hinaus in unsere aktuelle Situation und ist jetzt sogar noch wichtiger als damals. Damals war die Nazi-Ideologie in die Kirche eingedrungen. Führerkult, altgermanische Mythologie und Christusglaube wurden miteinander vermischt. Mit Hilfe der Kirchenpartei der Deutschen Christen wurden die Kirchenwahlen manipuliert, Antisemitismus kam auf. Das alles konnte mit offenen Augen deutlich wahrgenommen werden.

Jetzt haben wir eher weichere Verhältnisse. Das ist aber nicht weniger gefährlich! Der EAK-Faktencheck „Die Grünen und ihr Verhältnis zur Kirche“ vom Mai 2013 hat in fünf Punkten aufgezeigt, wie sich in gefällig anmutende grüne Politik deutlich antikirchliche Absichten eingeschlichen haben. Sie wurden aufgedeckt, haben aber in der Evangelischen Kirche keine Reaktionen ausgelöst. Bekenntnisschwäche oder politische Rücksichtnahme? Dahinter liegt ein Problem, das tiefer geht. Es ist die verbreitete Meinung, alle Religionen seien gleich und damit eben auch alle Weltanschauungen. Der Weltfriede braucht Friede zwischen den Weltreligionen. Dieser Religionsfriede wird durch spezifische Profile der einzelnen Religionen gestört. Sie müssen darum abgeschliffen werden. Ende der Mission um des Friedens in der Welt und in unserem Lande willen. Grünes Glück mit kirchlichem Segen für alle.

Diese Gleichmacherei der Religionen ist theologisch falsch und politisch gefährlich. In der benediktinischen Regel „Bete und arbeite (ora et labora)“ kommt ein anderes Menschen- und Weltbild zum Tragen als z. B. in der Hingabe an „kismet“ und dem Bekenntnis „inschallah“. Der Staat darf zwar nicht über die Wahrheit der Religionen befinden wollen. Aber er muss aufpassen, wenn eine Religion wie der Islam nicht nur Religion ist, sondern zugleich Staatslehre und also die Unterscheidung von Glaube und Politik, von Staat und Religionsgemeinschaft nicht kennt, sondern sogar überwinden will. Er muss also sehr wohl über den Nutzen einer Religion für das Staatswesen urteilen. Es wird – auch in der Evangelischen Kirche – von Toleranz und Akzeptanz gesprochen. Natürlich ist zu tolerieren, wenn Andersgläubige ihren Glauben unter uns leben. Das bedeutet aber keineswegs, dass wir diesen anderen Glauben auch zu akzeptieren hätten. Ob Gott die Gebete der Andersgläubigen erhören wird? Das sollten wir ihm überlassen, ihm also keine Vorschriften machen wollen und unseren Glauben lebendig praktizieren und für ihn werben. In unserer offenen Gesellschaft

darf es keine Werbeverbote für Religion geben. Über die Nützlichkeit von Religion muss argumentativ gestritten werden.

These 1 hält in unüberbietbarer Klarheit für unsere unklar gewordenen Verhältnisse fest: Nur der Christus-Glaube hilft durch die Bedrängnisse hindurch. Damit wird auf Erfahrungen aus den Verfolgungen der ersten Jahrhunderte zurück gegriffen. Schon in ihren Anfängen musste sich die Kirche in einem bunten religiösen Pluralismus bewähren. Dieser war durchaus attraktiv. Missionarisch attraktiv war die Kirche aber nicht durch Anpassung, sondern durch ihr Beharren auf dem Christus-Glauben. Der Christus-Glaube ist die Mitte des Christenglaubens. Das sieht man am apostolischen Glaubensbekenntnis. In Zeiten der Bedrängnis rückt er aus der Mitte des Glaubensbekenntnisses an die Spitze der Glaubensaussagen. So ist es 1934 in Barmen geschehen. So geschah es indirekt bereits in den Anfängen. Denn die dogmatische Lehre von Christus wurde in den Verfolgungszeiten entwickelt und in den Bekenntnissen der ersten drei Jahrhunderte festgehalten (Das Apostolische, das Nizaenische und das Athanasianische).

Der Christusglaube ist ein Beziehungsgeschehen. Christus ist Gottes Wort an uns. Nicht einfach ein Lehrsatz, sondern eine Lebensbotschaft. Es geht auf unserer Seite ums Hören, ums Gehören und ums Vertrauen und dieses im Leben und im Sterben. Selbstverständlich muss dieser Glaube auch in vernünftigen Sätzen ausgesprochen werden. Das war zu allen Zeiten so, vielleicht aber nicht immer öffentlich genug. Jetzt aber haben ein paar Kirchenleute, auch prominente, der Vorstellung vom Sühneopfertod Christi den Abschied erklärt. Das ist unerhört! Sie sind ordinierte Theologen, damit sie solche Lehrsätze erklären können. Niemand ist daran persönlich gebunden. Aber verstehen können sollen die Menschen, was wir glauben und worauf wir unser Leben gründen.

Die Einladung zu diesem Glauben als Basis des Lebens und als Hoffnung im Sterben kommt aus der Heiligen Schrift. Sie ist also keine Sammlung ethischer Sätze, aus der die Kirche nach Belieben Leitsätze abrufen kann, die sie dann gar auch noch verändert, wenn sie ihr nicht in den Kram passen. Der Schlüssel des Verstehens des Wortes Gottes ist die Lehre von der Rechtfertigung des Sünders durch Gott aus Gnaden. Die Rechtfertigungsbotschaft macht für Luther den unvergleichlichen Wert der Heiligen Schrift aus. Für ihn ist der Mensch vor Gott Sünder (peccator) und Gerechter (iustus)

zugleich. Nur wer sich vor Gott als Sünder bekennt, darf glaubend die Gerechtmachung durch Gott empfangen. Denn das eine Wort Gottes entfaltet sich in das Evangelium, das die Gewissen tröstet, und in das Gesetz, das den Menschen in seinem Gewissen anklagt. So erschließt sich uns die Wahrheit der Heiligen Schrift. So erst kommt Erfahrung des Glaubens zustande, die sich mit dem Leben verbindet und durchs Sterben hindurch hilft. Demgegenüber ist die in der EKD jetzt wohlfeile Formel „Was Christum treibt“ eine Verkürzung! Eine Kirche, die aus dem Lebens- und Sterbebuch Bibel eine Lehrsatzsammlung macht, springt ethisch zu kurz und wird dem Selbstverständnis der Heiligen Schrift nicht gerecht. Beim Streit um die sogenannte Orientierungshilfe der EKD zu Ehe und Familie haben gerade die säkularen Journalisten den entsetzlichen Mangel im Verstehen der Heiligen Schrift besonders kritisiert. Die Orientierung an These 1 hätte unsere Kirche davor bewahren können. Sie bewahrt übrigens auch vor dem wenig nützlichen Streit zwischen kritischer und fundamentalistischer Bibelauslegung

These 2

„Gott liebt uns so, wie wir sind.“ Das ist die derzeit häufigste Zusammenfassung evangelischen Glaubens. Das ist aber nur die halbe Wahrheit und also die häufigste protestantische Irrlehre. Vergebung will Leben verändern. Die Rechtfertigung führt in die Heiligung. So hat die Kirche gelehrt, so hat sie Seelsorge geübt. Vergebung unterbricht sündhafte Zusammenhänge, damit neues Leben gewagt werden kann. Luther: „Die Liebe Gottes findet ihren Gegenstand nicht vor, sondern schafft ihn sich. Die Liebe des Menschen entsteht an ihrem Gegenstand“

(Die Heidelberger Disputation Nr. 28, 1519). Das ist Gottes ewiges Schöpferhandeln (creatio continua): er macht uns unablässig zum Gegenstand seiner Liebe. Und wer geliebt ist, kann nicht bleiben, wie er ist! Das ist die Basis evangelischer Ethik – sowohl für das Leben der Einzelperson wie für das gemeinschaftliche Leben. Evangelische Ethik, die nur Vorhandenes bestätigt, bleibt weit unter diesem Anspruchsniveau zurück und verweigert den Menschen die Chance besseren Lebens.

Sünde ist also mehr als ein Mangel an Gutem, der durch Guttaten behoben werden könnte. Sünde ist die Abwendung von dem rechtfertigenden Gott und zugleich die Leugnung der Sündhaftigkeit des Menschen ohne Gott. Der Mensch ohne Gott ist „incurvatus in se ipsum“, verkrümmt in

sich selbst und so selbstbezogen, dass er sich sogar Gott zu Diensten machen will (Luther in einer Notiz zu Römer 5, 4 und durchgängig sinnlich in seinen großen Schriften). Darum braucht es die „Frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an Gottes Geschöpfen.“ In dieser Perspektive kommt nach Eberhard Jüngel der „Wirklichkeitsbezug und Erfahrungsgehalt“ lutherischer Theologie in Sicht.

Was sind gottlose Bindungen? Es sind Ideologien, die die Wirklichkeit leugnen und Erfahrungen bestreiten. Die biblische Botschaft von der unverbrüchlichen Treue Gottes wird im Bild des Regenbogens symbolisiert; jetzt steht der Regenbogen für eine gleich gemachte bunte Gesellschaft, in der alle Verhaltensweisen zugelassen sind und Treue keine hervorgehobene Orientierungsgröße ist. Die Ideologien der gottlosen Bindungen heben – wie der Genderismus – fundamentale

Unterschiede auf und erzeugen so überhaupt erst den Hilfebedarf, den sie dann mit ihren Verblendungen oberflächlich anbieten. Sie spekulieren über die Moral in außerehelichen Verbindungen, die längst unbestritten in unserer Gesellschaft gelebt werden können, und fragen nicht danach, welche Lebensweise für Mann, Frau, Kinder und Gesellschaft sozial und finanziell dienlicher ist. Moral ohne Wirklichkeitsbezug taugt nichts. Es wird gesagt, Kinderschänder seien genetisch disponiert. Aber in einer Verhaltenstherapie können sie befähigt werden, ihre Disposition nicht ausleben zu müssen. Das wäre dann Moral mit Wirklichkeitsbezug. Eine sorgfältige Orientierung an These 2 hätte wohl verhindern können, dass die moralisch hoch gezogene Diskussion über die neuen Lebensformen und die sogenannte bürgerliche Ehe unsere Kirche spaltet.

These 3

Woran ist die Kirche als Kirche Jesu Christi erkennbar? Diese Frage hatte 1934 noch nicht das heutige Gewicht. Jetzt geht es um zwei bedrängende Unterfragen. Die persönliche Frage lautet: Welcher religiösen Organisation kann ich mein Leben so anvertrauen, dass ich mich nicht betrogen fühlen muss? Die gesellschaftliche Frage lautet: Was bringt die Kirche als Akteur im öffentlichen Leben den anderen Akteuren und dem Gemeinwesen insgesamt ein?

Auf dem Hintergrund von damals sind unsere heutigen Fragen noch schwieriger geworden. Es geht zwar – heute wie damals – um den Zusammenhang von

Glaube und Gehorsam, von Botschaft und Ordnung, vereinfacht gesagt: um Innen und Außen der Kirche. Die Ordnung der Kirche, also das Kirchenrecht, darf der Verkündigung nicht im Wege stehen; die Verkündigung wiederum darf die Ordnung nicht aushebeln wollen. In gleicher Weise müssen Glaube und Gehorsam aufeinander bezogen sein, ohne dass sie in eins gesetzt werden. Es geht also um die Verlässlichkeit der Kirche. Sie muss – gesellschaftlich – als verlässliche Institution erkennbar sein; sie muss – für die einzelnen Gläubigen – als verlässliche Heimat des Glaubens erfahrbar sein.

Unser Problem ist: Wir sind außen und innen pluraler geworden. Die Pluralität ist eine missionarische Chance. Denn sie erweitert die Bindungsmöglichkeiten

Nur im Vorgriff auf Gottes Zukunft kann man die Gegenwart aushalten. Der Glaube darf Ohnmachtserfahrungen nicht überspielen wollen, aber den ewigen Frieden nicht selbst herbeiführen.

an die Kirche. Sie kann aber auch verwirrend sein, wenn die Mitte der Pluralität verdeckt bleibt. Diese Mitte ist Jesus Christus. Er handelt inmitten der Kirche! So wird unsere

Kirche je von neuem sein Eigentum. Diese göttliche Mitte in der Pluralität unserer Kirche ist von keiner einzelnen Kirchenform unverkürzt darstellbar. Um dieser Mitte willen muss die Pluralität immer neu in gegenseitige Ergänzung geführt werden. Hier liegt die vordringliche Aufgabe der kirchenleitenden Ämter.

These 3 wird nur dann recht verstanden, wenn man den Gottesdienst in den Blick nimmt. Denn Christus handelt „in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist“. Der Gottesdienst ist Quellort des Glaubens. Kirchenreform hat darum historisch zumeist mit Gottesdienstreform begonnen. Eine zeitgemäße Gottesdienstkultur muss ganz im Wort Gottes begründet sein. Dann ist sie ganz bei den Menschen. Denn die Bibel ist ganz auf uns Menschen ausgerichtet. Das können Kundgebungen, Denkschriften, Arbeitspapiere nicht leisten, so wertvoll sie bisher einmal waren und – klug dosiert – auch heute noch sein können. Nicht wenige Pfarrerinnen und Pfarrer fühlen sich durch Texte aus kirchenleitenden Ebenen in ihrer Arbeit an den Gottesdiensten behindert und nicht gefördert. In katholischen Gottesdiensten wird das Bibelbuch liturgisch verherrlicht, weil aus ihm Gottes Wort erhofft wird. Bei uns erscheint es bis in die Sprache hinein als Sammlung von Texten, manchmal sogar schlecht vorgelesen, Gottesdienst als Proseminar mit musikalischer Umrahmung.

Das Zeugnis der Kirche gilt der Gegenwart und sprengt diese in die Zukunft hinein auf, in Gottes Zukunft hinein. Nur im Vorgriff auf Gottes Zukunft kann man die Gegenwart aushalten. Der Glaube darf Ohnmachtserfahrungen nicht

überspielen wollen, aber den ewigen Frieden auch nicht selbst herbeiführen. Bonhoeffer hat darum „die letzten und die vorletzten Dinge“ voneinander unterschieden und zugleich aufeinander bezogen. Diese Erkenntnis ist in gleicher Weise für die Seelsorge wie für die Politik wichtig. Mit ihr könnte unsere Kirche Hoffnungspotential in eine bedrückte Gesellschaft einsprechen und zugleich ein einladender Ort der Entspannung für eine hektisch gewordene Gesellschaft sein. These 3 kann unsere Kirche vor der Versuchung bewahren, sich den Zeitläufen anzupassen, um attraktiv zu erscheinen.

These 4

Hier geht es um Struktur und Arbeitsweise von Kirchenleitung. Darin liegt ein aktuelles Problem: Es gibt Gemeinden, die halten Kirchenleitungen nicht für nötig, gar für Störfaktoren in ihrer Arbeit. Damit ist ein prinzipielles Problem verbunden: Wir glauben, dass Christus die Kirche leitet. Also müssen unsere Leitungsordnungen Platz für sein Wirken lassen. Wir dürfen kein perfektes Kirchenrecht anstreben wollen, aber wir müssen verlässliche Kooperationen organisieren. Man müsste die Parole ausgeben: Kein neues Gesetz darf in Geltung kommen, ehe ein veraltetes Gesetz abgeschafft ist. Unsere Kirche ist ohnehin komplex genug. Eine ausufernde Bürokratie kann sie sich nicht leisten. Es geht um die Frage, welche Aktivitäten auf welcher Ebene stattfinden müssen.

Das Modell der Römisch-Katholischen Kirche ist klar: Es gibt eine Hierarchie vom Bischof von Rom über die anderen Bischöfe hin zu den Priestern und dann zu den Laien. Diese Hierarchie gilt als heilsnotwendig. Darum ist dieses Modell weltweit bei der Römisch-Katholischen Kirche anzutreffen. Nach jeder Papstwahl kommt dann die Frage auf, welche Freiheiten die regionalen Bischöfe erhalten werden, damit regionale Besonderheiten Beachtung finden können.

Das freikirchliche Modell ist bei aller Varianz im Einzelnen in seiner Grundstruktur geradezu gegenläufig zu dem römisch-katholischen. Die Gemeinde bestimmt wie die Mitgliederversammlung eines Vereins oder dessen Vorstand über Anstellung und Entlassung der Hauptamtlichen, die keineswegs immer selbst der Mitgliederversammlung angehören. Auch in Finanz- und Ordnungsfragen wird quasi basisdemokratisch von unten nach oben entschieden. Wahrheitserkenntnis durch Mehrheitsentscheidung.

In den deutschen Landeskirchen gibt es diese modellhafte Klarheit nicht. Die Verfassungen sind unterschiedlich. Die Ideallinie geht so: Aus der Predigt des

Gegen die Missachtung der Religionsfreiheit und Menschenrechte auf der Arabischen Halbinsel

Anlässlich des diesjährigen Tages der bedrängten und verfolgten Christen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sonntag „Reminisce“ erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Thomas Rachel MdB:

„Am kommenden Sonntag „Reminisce“ werden wir in unseren Gottesdiensten ganz besonders der bedrängten und verfolgten Menschen auf der Arabischen Halbinsel gedenken. Unsere christlichen Glaubensgeschwister, aber auch alle andere religiösen Minderheiten leben dort unter zum Teil extremen und für uns im sicheren Westen schier unvorstellbaren Bedingungen: Fehlende Religionsausübung Andersgläubiger, Verbot von Kreuzen und Bibeln, Verbot jeglichen Religionswechsels vom Islam unter Androhung der Todesstrafe, flächendeckende

Diskriminierung sowie die völlige Missachtung der universalen Menschen- und Freiheitsrechte kennzeichnen die Situation in der Ursprungsregion des Islam.

Die Passionszeit lädt wieder neu dazu ein, uns nicht nur an den Sonntagen, sondern auch den übrigen Tagen der Woche politisch und gesellschaftlich für die universalen Menschenrechte überall in der Welt einzusetzen. Muslime genießen in unserem christlich geprägten Land aus gutem Grund gleichberechtigt alle religiösen Freiheitsrechte. Der Schrei der bedrückten und diskriminierten Kirchen im Orient ist im Gegensatz dazu eine deutliche Mahnung auch an alle in Freiheit lebenden Muslime, zusammen mit uns aktiv für die Menschenrechte von Andersgläubigen in ihren Herkunftsländern und gegen jeden religiösen Fanatismus und Extremismus zu streiten.“

Wort Gottes entsteht durch das Wirken des Heiligen Geistes der Glaube und so die allgemeine Priesterschaft der Glaubenden. Diese beruft durch die Ordination Menschen in den Dienst der Verkündigung des Wortes Gottes, deren Eignung sie zuvor in einem Examen festgestellt hat. Die Hauptpflicht der Ordinierten ist wiederum die Verkündigung des Wortes Gottes, wodurch überhaupt erst die Gemeinschaft der Glaubenden entsteht. Diese Aufgabenteilung macht tiefen Sinn. Sie verhindert nämlich, dass die eine Seite bindende Wahrheitsansprüche über die andere erhebt. Beide Seiten haben die Chance und zugleich die Nötigung, sich gegenseitig und auf gleicher Ebene über das Wort Gottes zu verständigen. Wer ist zuerst? Henne oder Ei? Weder noch. Sondern Gottes Wort steht beiden gegenüber, der glaubenden Gemeinde und den berufenen Verkündigern. Insofern baut sich die Evangelische Kirche von unten nach oben auf. Denn das zentrale Geschehen des Gottesdienstes, der Predigt und der Darreichung der Sakramente, findet in geregelter Kontinuität in den Ortsgemeinden statt.

Man kann also von der Kirche nicht von einer Demokratie reden. Demokratie meint Volksherrschaft. Die Kirche ist Christo-Kratie, also Herrschaftsraum Jesu Christi. Sie regelt ihre Verfahren nach demokratischen Regeln und Gepflogenheiten. Gewiss. Der Gebrauch des Wortes Demokratie ist aber innerhalb der Kirche inflationär geworden. Das weckt den Verdacht, dass Demokratie nicht mehr nur Verfahrensregel, sondern Fundament sein soll. These 4 ist ein Kriterium, mit

dem wir die Fortentwicklung kirchlicher Ordnungen darauf prüfen können, ob die Freiheit des Wortes Gottes innerhalb der Kirche gesichert bleibt oder ob die Wahrheit des Wortes Gottes von einzelnen Ämtern, Gruppen oder Ebenen in Besitz genommen werden soll.

These 5

„Verantwortung der Regierenden und Regierten“. Ein demokratischer Gedanke genau zu Beginn einer Diktatur! Keine Frage: Das frühere Bündnis von Thron und Altar hatte im deutschen Protestantismus Spuren hinterlassen. Die These reagiert darauf aber nicht mit einer neuen Wesensbeschreibung des Staates. Vielmehr beschreibt sie seine Grundaufgaben: Er hat „für Recht und Frieden zu sorgen“. Diese Aufgabenzuschreibung an den Staat ist eine „Anordnung Gottes“. Diese Anordnung erkennt die Kirche „in Dank und Ehrfurcht“ sogar als eine „Wohltat“.

Eine erste Konsequenz ist klar: Keine Verherrlichung des Staates mit religiösem Unterton. Aber auch kein Misstrauen gegen den Staat und die Menschen, die in ihm Verantwortung tragen. Die Aufgabenbeschreibung „Recht und Frieden“ klingt sehr bescheiden. Aber sie ist qualitativ hoch anspruchsvoll. Für die Gegenwart kommt hinzu, dass diese Staatsziele über die territorialen Staatsgrenzen hinaus reichen.

Diese wichtigen Staatsziele werden durch immer neue Rechtssetzungen und eine ausufernde Bürokratie verstellt. Auch die Kirche ist mit Forderungen an den Staat schnell zur Hand. Sie soll sich „einmischen“ sagen die Kirchenleute. Indes sind

die politisch Tätigen und die staatlichen Beamtinnen und Beamten mehrheitlich Kirchenmitglieder und stehen mitten im Gemisch der Meinungen und Konflikte. Wessen Einmischung ist denn gemeint? Die von Bischöfen und Kirchenpräsidenten? Verstehen diese von der Tagespolitik mehr als die Kirchenmitglieder, deren Beruf die Tagespolitik ist? Die Kirche soll „an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit“ erinnern. Sie soll sich selbstkritisch eingestehen und der Politik geradezu tröstlich sagen, dass wir „in der noch nicht erlösten Welt“ leben. Das macht Mut zum Vorläufigen, zum Augenmaß, zur Selbstbeschränkung, zum Kompromiss unter uns Menschen. Gegen den unerbittlichen Streit der Ideologien ist vernünftige Nutzen- und Schadensabwägung zu stellen. Die massenmediale Empörungsgesellschaft setzt die politisch tätigen Mitmenschen unter unmenschlichen Druck. Zur Demokratie gehört, dass politische Fehlleistungen durch Abwahl geahndet werden. Aber es verstößt gegen alle guten Sitten, wenn abgewählte Mandatsträger darüber hinaus mit aufwendigen Strafprozessen verfolgt werden, als seien politische Fehler juristisch strafbar. Rache darf in der Politik keinen Platz haben! Dieses auszusprechen wäre ein nötiger Akt öffentlicher Seelsorge der Kirche.

Eine Selbstbeschränkung staatlichen Handelns muss den Streit mit den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen. Die unmäßige Aufblähung der staatlichen Ordnung ist häufig genug eine Reaktion auf Wünsche und Forderungen des Staatsvolkes. Die Erinnerung „an Gottes Reich, Gottes Gebot und

Gerechtigkeit“ ist eine Ermutigung zur Selbsttätigkeit und Eigenverantwortung. Es genügt, wenn der Staat dazu einigermaßen passable Lebensverhältnisse bereit stellt. Er darf nicht für das persönliche Glück in Anspruch genommen werden.

Wenn der Staat für Recht und Frieden sorgt, dann leistet er einen Beitrag zum geordneten Leben, dann bewahrt er in seinem Bereich und mit seinen Mitteln die gute Schöpfung Gottes vor dem Rückfall in das Chaos. Ähnliches lässt sich vom Wirtschaftsleben sagen, von Ehe und Familie, auch von der Kirche. Die kirchliche Tradition nennt die Institutionen, die dieser Aufgabe verpflichtet sind, „Schöpfungsordnungen“. Nicht immer war klar, wer dazu gehört, etwa ob das Volk eine Schöp-

fungensordnung ist. Zu diskutieren ist auch, ob Organisationen dazu zu rechnen sind, die zwar unter staatlichem Recht, aber mit eigener Willensbildung wie die Medien oder die Verbände des Wirtschaftslebens als Schöpfungsordnungen gelten können. Klar war aber immer, dass diese Schöpfungsordnungen nötig sind, um dem Unfrieden und der Willkür zu wehren, dass sie alle unter Anordnungen Gottes stehen und Gottes Wille sie in ihren spezifischen Möglichkeiten für die Zukunft seiner Schöpfung in Anspruch nimmt. Das alles gilt für Ehe und Familie nach der Orientierungshilfe der EKD nicht. Das sei in der Bibel so nicht abgebildet. Das stimmt aber nicht. Wenn man die vielen Stellen der Bibel zu diesem Thema zusammen nimmt und miteinander bedenkt, ist klar: Es geht auch hier um Ordnung gemeinsamen

Lebens gegen die Selbstverletzungen der Menschen in der Unordnung, um stabile Strukturelemente gegen das Chaos wechselnder Gefühle, um Sicherung der Zukunft des Lebens. Nationales Denken hatte einst die Schöpfungsordnung Staat korrumpiert; um die Sache zu erhalten, hat Dietrich Bonhoeffer den Begriff „Mandat (Auftrag) Gottes“ ins Spiel gebracht. Der Missbrauch eines Begriffes kann doch die Sache nicht unbrauchbar machen, um die es geht.

Die Kirche darf Rechtsstrukturen wie Ehe und Familie zu Gunsten innerer Beziehungen nicht auflösen. Wenn das in der kleinsten Sozialeinheit geschieht, weitet sich die Auflösung in weitere Sozialbereiche aus. Dem Leben wird die Verlässlichkeit genommen und der Kirche selbst auch. These 5 sorgt dafür, dass die Kirche ihrem öffentlichen Auftrag nachkommen kann und nicht in eine fromme Selbstgenügsamkeit derer absinkt, die sich emotional besonders verstehen.

These 6

Das ist der Schlussartikel, der Höhepunkt des Bekenntnisses: In der Mission gründet die Freiheit der Kirche. Historisch ist es zweifelsfrei klar: Erst die Mission hat die Existenz der Kirche heraufgeführt. Kirche der Gegenwart ist ohne die Mission unserer Vorgänger nicht denkbar. Theologisch ist es ebenso klar: In der Mission hat sich die Dogmatik der Kirche präzise ausgebildet. Die Botschaft der Kirche musste den Menschen verstehbar nahe gebracht werden.

Wenn heute Kirchenleute das Wort „Mission“ scheuen, dann koppeln sie sich von der Glaubensgeschichte der Kirche ab, durch deren Wirken sie überhaupt erst den Christenglauben erfahren haben. Andererseits trägt es wenig aus, wenn gefordert wird, die Kirche müsse endlich missionarisch werden. In jedem Gemeindepfarramt geschieht Mission im Unterricht und bei Kasualien. Freilich mag sein, dass öffentliche Erklärungen von kirchlichen Leitungsgremien oft den missionarischen Impetus nicht erkennen lassen. Gewiss sind besondere modellhafte missionarische Veranstaltungen sinnvoll.

Das Neue Testament ist das Dokument einer großen Missionsbewegung. Ohne den entschiedenen Willen zur Mission hätten wir dieses Glaubens- und Lebensbuch nicht. Freilich: Die bloße

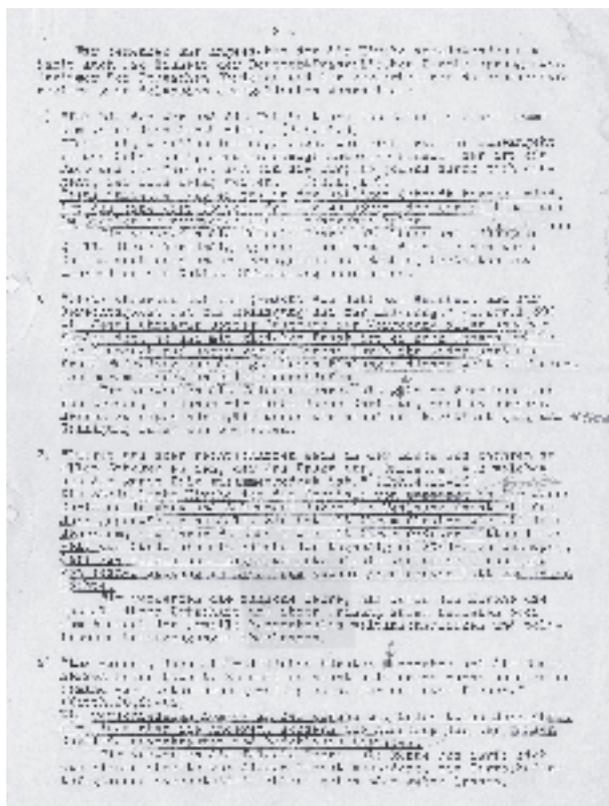
Berufung auf die Bibel allein überzeugt nicht mehr. Das gilt besonders in den Diskussionen des öffentlichen Lebens. Der innere Wahrheitsgehalt der einzelnen Glaubenselemente muss dargelegt werden. Die Menschen wollen wissen, was sie vom Glauben an Christus haben. Im öffentlichen Leben muss deutlich werden, dass die Position von Christen für alle Menschen gut ist, ganz gewiss auch für solche, die die Voraussetzungen des Glaubens der Christen nicht eilen.

Worin besteht die „Botschaft von der freien Gnade Gottes“? Das ist in These 1 und These 2 bereits präzise gesagt. Die Bewahrung der Schöpfung gehört nicht zu der Botschaft, sondern ist eine Folge aus ihr. Mit der sozialen Verantwortung und der Friedensarbeit verhält es sich nicht anders. Die Kirche tut gut daran, ihre Prioritäten klar zu benennen. Nur so ist sie im öffentlichen Leben verlässlich, nur so kann sie ihre finanziellen Ressourcen und die verfügbare Zeit auftragsgemäß einsetzen.

Der „freien Gnade“ entspricht nicht nur die Freiheit in den Formen der Verkündigung. Ihr entspricht auch die Freiheit der Reaktionen auf die Verkündigung, also die Freiheit der inneren Einstellung und der Gesellung mit anderen Glaubenden zusammen. Diese Freiheit im persönlichen Vollzug des Glaubens wird gefährdet, wenn das Bekenntnis missachtet oder umgedeutet wird, um Einzelerkenntnisse für alle verbindlich zu machen. Was in der persönlichen Seelsorge seinen Platz haben muss und in ihr geachtet werden kann, darf nicht zum Lehrgegenstand der ganzen Kirche erhoben werden. So sichert These 6 die innere Freiheit der Kirche.

Warum braucht die Kirche Bekenntnisse wie das von Barmen?

Sie hat doch die Bibel. Und seit der Reformation gilt, dass sich die Bibel selbst auslegt. Gerade weil das so ist, sind formulierte Bekenntnisse nötig. Sie schützen die Bibel vor der Willkür der Ausleger. Die typisch protestantische Gefahr besteht darin, dass Sondergruppen ihre besondere Schriftauslegung zum Lehrgegenstand für die ganze Kirche machen wollen. Die Folge davon sind Kirchenspaltungen. Die Bekenntnisse schützen also zugleich die Gemeinschaft der Glaubenden. So sorgen sie für die Verlässlichkeit der Kirche. Auf solche Verlässlichkeit ist die Öffentlichkeit angewiesen, insbesondere der Staat und seine Organe.



Wenn heute Kirchenleute das Wort „Mission“ scheuen, dann koppeln sie sich von der Glaubensgeschichte der Kirche ab, durch deren Wirken sie überhaupt erst den Christenglauben erfahren haben. Andererseits trägt es wenig aus, wenn gefordert wird, die Kirche müsse endlich missionarisch werden. In jedem Gemeindepfarramt geschieht Mission im Unterricht und bei Kasualien. Freilich mag sein, dass öffentliche Erklärungen von kirchlichen Leitungsgremien oft den missionarischen Impetus nicht erkennen lassen. Gewiss sind besondere modellhafte missionarische Veranstaltungen sinnvoll.



Klaus Baschang

war als theologischer Oberkirchenrat Mitglied der Leitung der Ev. Landeskirche in Baden und zuletzt auch ständiger Vertreter des Landesbischofs.



Zu aufrecht und offen, um seine Gesinnung zu verbergen – Wilhelm v. Arnim- Lützlow

| Henning Aretz

Nicht hingerichtet und nicht überlebt – das ist, wie der Weg Wilhelm v. Arnims zeigt, keine günstige Konstellation für das Erinnern der Nachwelt, insbesondere, wenn zusätzlich alle persönlichen Hinterlassenschaften verbrannt sind. In der Familie und auch in den Nachlässen und aufgezeichneten Erinnerungen der Mitstreiter in der Bekennenden Kirche, die Wilhelm v. Arnim hatte, lassen sich aber doch beeindruckende Spuren des ernstesten und mutigen, tätigen und tiefgläubigen Mannes finden; sie tragen diese Skizze inhaltlich.

1879 in Züsedom in der Uckermark in die alte brandenburgische Familie der Arnims hineingeboren, schien für Wilhelm v. Arnim, den ältesten Sohn des Bonner Preußen Carl v. Arnim, königlich preußischer Kammerherr und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, ein klarer Lebensweg vorgezeichnet. Mit sechs Geschwistern und später sieben Kindern mit seiner – schon früh verwaisten – Ehefrau Margarethe hat Wilhelm den familiären Teil dieses Lebensmusters in reichem Maße erfüllt.

Auch das Jurastudium in Heidelberg und die Aktivität bei Saxo-Borussia in den Jahren 1900 bis 1902, darin zweimaliger Erstchargierter, passen zu den Erwartungen an einen jungen Mann, der Fideikommissherr werden wird wie Wilhelm v. Arnim auf Lützlow bei Gramzow im Kreis Prenzlau in der Uckermark. Die Corpsgeschichte von 1958 vermerkt über ihn: „Mit eiserner Disziplin herrschte Wilhelm v. Arnim und führte spartanische Einfachheit ein. Im SC genoß er große

Mit sechs Geschwistern und später sieben Kindern mit seiner – schon früh verwaisten – Ehefrau Margarethe hat Wilhelm den familiären Teil dieses Lebensmusters in reichem Maße erfüllt.

Autorität und spielte schon während seiner Aktivität eine beachtliche Rolle bei den Verhandlungen des Köseener Kongresses, auf dem er Heidelberg in späteren Jahren noch mehrmals vertrat. Unter seiner Führung wurden im Winter 1901/02 mehrtägige Ausflüge auf den Feldberg unternommen, um dem neuen Sport des Skilaufens zu huldigen.“ Er war also schon als Corpsstudent kein Mitläufer.

Und selbst der Tod – durch eine Fliegerbombe bei einem der ersten schweren Luftangriffe auf Berlin am 23. November 1943, zusammen mit seiner Ehefrau und mehr als 60 Todesopfern im Luftschutzkeller – ist in der Zeit leider nichts so Außergewöhnliches gewesen.

Was für uns Heutige – selbst für seinen Enkel, den Verfasser – eher amüsierende Anekdote ist, war im jungen deutschen Kaiserreich aber etwas ganz Besonderes und vermeintlich Prägendes. Wilhelms Mutter Sophie, geb. Gräfin v. Schwerin, war nach ihrer Schulzeit Hofdame bei der Kaiserin Augusta gewesen. Die Kaiserin ließ sie angeblich nur ungern und jedenfalls mit dem Angebot in den Ehestand ziehen, Patin für das erste Kind zu werden. Als im Juli 1877, neun Monate und eine halbe Woche nach der Hochzeit, Tochter Marie Luise geboren wurde, trauten sich Carl und Sophie nicht, das Angebot anzunehmen, hatten vielleicht auch nicht ganz an seine Ernsthaftigkeit geglaubt. Aber die

Wilhelm v. Arnim hatte innerhalb der Bekennenden Kirche das Amt der Stellenbesetzungen inne und öffnete dadurch vielen jungen bekenntniskirchlich orientierten Geistlichen den Weg in das Pfarramt.

Kaiserin hatte es ernst gemeint! Sie gratulierte, erinnerte an ihr Anerbieten und bestand darauf, nun aber beim zweiten Kinde Patin zu werden. Und das wurde dann der am 27. Februar 1879 geborene Wilhelm – ein Patenkind der Kaiserin.

Eine unfallbedingte Hüftverletzung aus Kindertagen – Jahre später durch einen erneuten Unfall verschlimmert, der das Knie des gesunden Beines verletzte – hinterließ eine bleibende körperliche Behinderung. Sie gestattete Wilhelm zwar das

Fechten und die Führung zu Skiausflügen, nicht aber, Soldat zu werden. Er war ein geschätzter und bei Jagden gefragter Hornbläser. Seine Tochter Gisela Aretz schildert den Gutsherrn als „geachtet und beliebt, letzteres besonders, weil er mit den Leuten platt sprach.“ Wilhelms Sport wurde das Gespannfahren, das er aber im Zuge der wirtschaftlichen Krise der Landwirtschaft in den zwanziger Jahren aufgeben musste. In Lützlow wuchs die Familie, die sieben Kinder kamen zwischen 1912 und 1924 auf die Welt. Aber die wirtschaftlichen und auch die schulischen Verhältnisse führten zu dem Entschluss, 1926 das Gut zu verpachten und mit der großen Familie 130 km nach Berlin-Wannsee umzuziehen. Auch von dort aus nahm Wilhelm seine Verpflichtungen als Kirchenpatron in Lützlow ernst, fuhr regelmäßig zu den Gemeindegemeinderatssitzungen. Wenn er richtig gezählt hat, ist er schon im Alter von 18 Jahren Kirchenpatron in Lützlow geworden.¹ Es ist aber möglich, dass er sich hier um zehn Jahre verrechnet haben könnte. Nebenberuflich war er

erwerbstätig als Redakteur der Deutschen Jagdzeitung.

Wilhelms Ehefrau Margarethe war nicht nur auch eine – nicht mit ihm verwandte – geborene v. Arnim, sie war auch eine Schwester von Detlev v. Arnim-Kröchlendorff, dem Vorsitzenden des Verbandes der Patrone evangelischer Kirchen der Mark Brandenburg, Mitglied des Reichstages und Kommendator der Brandenburgischen

Provinzialgenossenschaft des Johanniterordens. Detlev und Margarethe waren eng verwandt mit dem Reichsgründer und sogenannten Eisernen Kanzler Otto v. Bismarck, nämlich Enkelkinder von Bismarcks geliebter Schwester Malwine. Und Detlev hatte acht Jahre vor der Hochzeit von Wilhelm und Margarethe Wilhelms jüngere Schwester Bertha geheiratet! Es gab nun also zwei über Kreuz verheiratete Geschwisterpaare, die Ehepartner zwar jeweils nicht verwandt, aber alle geborene v. Arnim, und beide Paare bekamen jeweils sieben Kinder. Sie bezeichneten sich lebenslang als Vettern und Cousinen nicht ersten, sondern „halbten“ Grades, weil sie nicht nur zwei gemeinsame Großeltern hatten, so, wie Cousinen und Vettern ersten Grades haben, sondern derer vier. Ein Sohn von Detlev, Herbert, wurde ebenfalls Sachsenpreuße und sogar Ehrenmitglied.

Wilhelms Familie traf ein hartes Schicksal. Von den sieben Kindern kam der jüngste, Henning, 1936 mit elf Jahren durch einen Verkehrsunfall ums Leben, die älteste Tochter Rosemarie fiel 1942 dem Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer, Sohn Manfred fiel 1942 und der älteste Sohn Otto² 1943. So überlebten nur drei Kinder den Krieg, dann aber auch das Jahrhundert.

Von Wilhelms zwölf Enkelkindern, davon elf Enkelsohnen, ist ihm in ein Corps nur der Verfasser nachgefolgt. Dasselbe gilt für meinen Großvater als Rechtsritter des Johanniterordens.

Die Quellenlage zum Leben Wilhelm v. Arnims ist unbefriedigend. Wo wir Quellen, idealerweise Briefe oder Vorträge bräuchten, um seinen Weg in die Bekennende Kirche und schließlich auch in die Keller der Gestapo nachzugehen und zu verstehen, sind wir leider auf einzelne Zeugnisse verwiesen, die Wegbegleiter und verdienstvolle Wissenschaft zusammengetragen haben.³ Gesichert ist, dass Wilhelm und sein gleichaltriger Schwager Detlev v. Arnim nach der Ersten Freien Synode der Mark Brandenburg vom 7. März 1934 in Dahlem in den Provinzialbruderrat dieser Kirchenprovinz gewählt wurden und als Mitglieder des

Bruderrates als Synodale an der Barmer Bekenntnissynode vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen teilnahmen. Wilhelm v. Arnim gehörte zudem dem altpreussischen Bruderrat an. Im maschinenschriftlichen Nachruf des Brandenburger Bruderrates aus den letzten November-

tagen 1943 heißt es undatiert, aber klar: „Seit den Anfängen der grossen kirchlichen Kämpfe hat Herr von Arnim-Lützlow in den Reihen der Bekennenden Kirche gestanden. Was ihn dazu führte, war sein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für die evangelische Kirche, der er sich als Christ und als Patron seiner angestammten Gemeinde verpflichtet fühlte.“

Die auf der Bekenntnissynode 1934 beschlossenen sechs „Barmer Thesen“ mit ihren berühmten Bekenntnis- und Verwerfungssätzen sind in ihrer frühen Klarheit und Entschiedenheit bis heute eindrucksvoll und z.B. in der Evangelischen Kirche im Rheinland Grundlage der Ordination einer und eines jeden jungen Geistlichen. Zitiert seien hier zwei Sätze aus der Ersten und der Fünften Barmer These:

- „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“
- „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.“

Wilhelm v. Arnim hatte innerhalb der Bekennenden Kirche das Amt der Stellenbesetzungen inne und öffnete dadurch vielen jungen bekenntniskirchlich orientierten Geistlichen den Weg in das Pfarramt. In seine eigene Gemeinde in Lützlow berief er 1935

Pfarrer Fritz Treffner, einen Mann der Bekennenden Kirche – nicht unbedingt im Einvernehmen mit dem Gemeindekirchenrat. Hohrmann zitiert einen Eintrag in die Pfarrchronik 1936, dass von den anwesenden Mitgliedern des Gemeindekirchenrates fünf der Bekennenden Kirche angehört hätten, in dem Gremium jedoch generell auch Gegner der Bekennenden Kirche vertreten waren.

Von Berlin-Wannsee zog die Familie 1938, als die meisten Kinder aus dem Haus waren, in eine Wohnung am

Hansauer an der Spree gegenüber dem Tiergarten, also viel zentraler gelegen. Um diese Zeit wuchs der Verfolgungsdruck. Vor 1938 konnten die Mitglieder der Bekennenden Kirche noch relativ gut in Gemeindehäusern und kirchlichen Räumlichkeiten zusammenkommen. Nun aber verstärkten sich Terror, Telefonabhörungen und Hausdurchsuchungen, und die verkehrsgünstig gelegene Arnimsche Wohnung wurde häufiger Ort für Zusammenkünfte. Zu den Teilnehmern zählten der ehemalige Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, Kurt Scharf, Hans-Joachim Iwand und Reinold von Thadden-Trieglaff. Hohrmann zitiert aus einem Schreiben von Gisela Aretz: „Stets sei dann der Kaffeewärmer über das Telefon gezogen und möglichst leise gesprochen worden. Nach zwei bis drei Stunden Sitzung hätten sich dann die Herren einzeln nacheinander zurückgezogen“, was ganz offensichtlich auf die Gefahr hindeute, dass die Gespräche abgehört und die Treffen beobachtet wurden.

Der Brandenburger Bruderrat wurde in der Bekennenden Kirche wegen der beiden Arnim-Schwäger Detlev und Wilhelm geradezu als Beispiel für die wichtige und verantwortungsvolle Funktion der Laien gesehen. Sie trugen oft ein erheblich höheres Risiko als die meisten Pfarrer, die durch ihr Amt noch einen gewissen Schutz genossen. Beide Arnims werden als Persönlichkeiten geschildert, die dank guter Verbindungen zu anderen Gutsbesitzern auf dem Lande zahlreichen jungen Brüdern ein Pfarramt beschaffen konnten. Während der Kriegsjahre gehörte es zu Wilhelm v. Arnims Hauptaufgaben, inhaftierte oder an die Front versetzte Pfarrer in Gottesdiensten oder bei Amtshandlungen zu vertreten.

Der Einsatz v. Arnims wurde von staatlicher Seite mit Geldstrafen, Redeverbot und Haft geahndet. Dies belegen die Fürbittlisten der Bekennenden Kirche; nach Hohrmann war Wilhelm v. Arnim der einzige Kirchenpatron in Brandenburg, der in den Fürbittlisten der Bekennenden Kirche Erwähnung

fand. Sein Verteidiger war der prominente Rechtsanwalt Hans Koch, der auch Martin Niemöller verteidigte. Der Kirchenhistoriker und frühere Bekenntnispfarrer Walter Wendland lobt Wilhelm v. Arnim als einen kompromisslosen Kämpfer und unbestechlichen Charakter, der insgesamt fünfmal inhaftiert wurde.

In der Zelle – so erzählte Wilhelms Sohn Wichard – sang Wilhelm v. Arnim, um seine Wachen zu ärgern oder nachdenklich zu machen, mit volltönendem

Bariton und ausdauernd Kirchenlieder. Sein Lieblingschoral beginnt mit den Zeilen: „Die Sach ist Dein, Herr Jesu Christ, die Sach, an der wir stehen. Und weil es Deine Sache ist, kann sie nicht untergehen!“

Von ihrem Bruder Wichard und ihrem Vater schreibt Gisela Aretz: „Wichard war die Frohnatur, er konnte unseren ernsten Vater so zum Lachen bringen, dass er kaum aufhören konnte.“ Aber Wichard war nicht nur eine Frohnatur: „Die letzte Haft fand meines Wissens 1941 statt. Wichard hatte aus Jugoslawien, wo er das EK I bekommen hatte, einen kleinen Heimaturlaub und fuhr kurzentschlossen zum Alexanderplatz, trat dort energisch und diplomatisch auf – diese Mischung erzielte mitunter doch noch Wunder – und – brachte Vater mit nach Hause!

Wicho als junger Hauptmann hatte dem gestrengen Verwaltungsjuristen auch von (seinen Brüdern) Otto und Manfred berichtet, die als Leutnants an der Front standen, versprach dem dafür, seinen Vater zu beeinflussen, keine „staatsfeindlichen Äußerungen“ mehr zu machen. Vater war bereits bedeutet worden, die nächste Haft würde im KZ stattfinden müssen.“

Können wir in diesen Fakten ein Persönlichkeitsmuster erkennen, etwas, das uns Auskunft gibt, warum Wilhelm v. Arnim diese Gefahren und diese Verfolgung auf sich nahm?

Sein zehn Jahre jüngerer Namensvetter und Wegbegleiter Hans v. Arnim, 1928 Konsistorialrat und 1945 dann Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, hat Detlev und Wilhelm v. Arnim in Niemöllers „Lebensbildern“ schon 1949 eindrücklich geschildert: „Jedem, der einmal einer Sitzung des Brandenburger Bruderrates beigewohnt hat, wird die Persönlichkeit Wilhelms von Arnim-Lützlow unvergeßlich sein. Verriet seine ragende Gestalt schon äußerlich den märkischen Edelmann, so merkte man an jeder Äußerung, die er tat, dass sie aus tiefster Glaubensüberzeugung kam und äußere, zeitbedingte Umstände nicht als maßgebend anerkannte. Mochten andere vielleicht geistvoller oder mit tieferem theologischen Wissen die Probleme betrachten – die schlichte Klarheit, die kompromißlose Einsatzbereitschaft Wilhelms von Arnim verfehlte ihren Eindruck nie. So mag er seinen wohlbegründeten Anteil daran haben, dass der Brandenburger Bruderat besonders klar und eindeutig seinen Weg durch die Wirrnisse des Kirchenkampfes zu gehen wußte.“ Auch eine Begründung für diese Klarheit nennt der

Namensvetter: „Die Lauterkeit seines Wesens bedingt es, dass auch führende Männer sich von ihm Dinge sagen lassen, die sie von anderen nicht hinnehmen würden.“ Doch Wilhelm v. Arnim musste, so sieht es sein Wegbegleiter, scheitern, denn ihm gegenüber steht in damaliger Zeit „eine Sphäre, deren Dämonie er nicht gewachsen ist. Der durch und durch Wahrhaftige vermag den heimtückischen Methoden der Gestapo nicht mit gleichen Waffen zu begegnen. Er verfängt sich, macht unvorsichtige Äußerungen und muss so fünfmal mehr oder weniger lange Freiheitsstrafen über sich ergehen lassen. Die äußeren Umstände

dabei sind meist entwürdigend und schädigen ihn gesundheitlich aufs schwerste.“ Und trotz dieser Anfechtung „bleibt er der aufrechte Streiter für ein unverfälschtes Evangelium, das er auch anderen, nicht zuletzt den Mitgefangenen, nahezubringen sucht.“

Hier findet sich auch ein Hinweis auf sein Urteil in den ersten Jahren des Nazi-Regimes: „Ist der kirchliche Weg, den er zu gehen hat, steinig und schwer, so ist er doch eindeutig und ohne innere Kämpfe. Es gibt für ihn keine andere Möglichkeit. Von starken Konflikten erfüllt ist dagegen die Haltung zu der politischen Entwicklung Deutschlands. Der vaterlandsliebende, begeisterte Mann

ist hier zunächst geneigt, schon um seiner Kinder willen, zu rosig zu sehen

und an das Teuflische, das sich vollzieht, nicht zu glauben, so sehr er als Christ Einzelmaßnahmen ablehnen muss. Es liegt seiner Natur so fern, dass er es nicht von vornherein erkennen kann. Das eigene Leiden – auch das wieder ein typischer Zug an ihm – bringt er dabei nicht in Anrechnung. Erst als er offen Gewissenlosigkeit sieht, ringt er sich zur grundsätzlichen Ablehnung durch.“ Die Grundlage, die er hatte, setzte sich letztendlich durch: „Der christliche Glaube durchglüht bei ihm das ganze Sein und prägt seine Persönlichkeit. Das Gefühl der Unabhängigkeit und das Fehlen jeder Menschenfurcht, Erbteil alten Geschlechtes, lassen ihn nicht davor zurückschrecken, seine Erkenntnisse durchzusetzen und das ihm richtig Erscheinende auszusprechen, auch wo es als übersteigert, ja vielleicht als abwegig angesehen werden könnte.“

Die unbeugsame Haltung und das tragische Schicksal Wilhelm v. Arnims haben sogar die Machthaber in der

zweiten deutschen Diktatur beeindruckt. Natürlich verlor die Familie wie ausnahmslos alle brandenburgischen Kirchenpatrone durch die in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Bodenreform vom September 1945 ihre Güter. Auf dem Friedhof in Lützlow jedoch blieb durch die DDR-Jahrzehnte hindurch das übermannsgröße, dominierende Holzkreuz mit der Aufschrift „Gott ist die Liebe“ auf dem Doppelgrab stehen, das Wilhelm und Margarethe v. Arnim 1943 nach ihrem gemeinsamen Tod in Berlin und der abenteuerlichen Überführung ihrer sterblichen Überreste dort gefunden hatten. Verehrung und Treue der Dorfbewohner, die andernorts der ideologisch verordneten Zerstörung aller Spuren der „Junker“ hoffnungslos unterlegen waren, bewahrten in Lützlow diese eigenartige, ehrenvolle Erinnerung an den mutigen Kirchenpatron.

Nach der friedlichen Revolution 1989 konnte Wilhelm v. Arnims dann auch in seiner Heimat wieder offener und mit Namensnennung gedacht werden. Zum 50. Todestag, am 1. Advent 1993, reiste nicht nur die auf Dutzende angewachsene engste Familie aus dem Westen zum Gedenkgottesdienst ins tief verschneite Lützlow, sondern auch der Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Martin Kruse. Die Predigt hielt Generalsuperintendent Leopold Esselbach, der sagte,

Wilhelm v. Arnim habe seine Bereitschaft, in der Zeit des Nationalsozialismus zum Glauben und zu Jesus Christus zu stehen, ins Gefängnis

gebracht. Die Lützlower Pfarrerin Christa Ballert würdigte Wilhelm v. Arnim in demselben Gottesdienst als jemanden, der das einstige, nach Kriegsende aufgehobene Amt des Kirchenpatrons in seiner Kirchengemeinde Lützlow als den Dienst wahrgenommen habe, den es meinte, und nicht als Herrschaft. Die damit verbundenen Vollmachten habe er genutzt, um beispielsweise Pfarrer der Bekennenden Kirche nach Lützlow zu berufen und zu eindeutiger Haltung zu bestärken.

Später beschloss der Gemeindevorstand, für die Grabstätte eine unbegrenzte Ruhezeit zu gewähren, und 2000 wurde sie neu gestaltet. Heute, 2014, liegen für sechs der sieben Kinder von Wilhelm und Margarethe v. Arnim Gedenksteine auf dem großzügigen Familiengrab. Das siebte Kind, Mechthild v. Tresckow – Schwiegertochter des Widerstandskämpfers Henning v. Tresckow – lebt über neunzigjährig im Taunus.

Corpsstudenten im Widerstand gegen Hitler

Ein Netzwerk für Frieden und Freiheit – gegen die Diktatur

| Sebastian Sigler

Der Widerstand im Dritten Reich, am 20. Juli 1944 schlagartig sichtbar, ist ab spätestens 1937 als dynamisches Netzwerk von Menschen faßbar. Eine der Gruppen in diesem durch die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus getragenen, aber vielfach inhomogenen Verbund bestand, soweit wir wissen, aus 38 Männern, die sich als Studenten einem akademischen Corps angeschlossen hatten. Im Gesamtnetzwerk des Widerstands gab es dabei eine Vielzahl von Verknüpfungen: Verwandtschaft, Internate, kirchliches Engagement, CV-Verbindungen – oder eben ein Corps. Die Mehrzahl derer, die in dem vom Verfasser dieser Zeilen vorgelegten Band mit einem Lebensbild gewürdigt werden, konnte über zwei, drei oder vier verschiedene Anknüpfungspunkte im in kleinen Gruppen organisierten Netzwerk des Widerstandes erreicht werden und selber agieren. Zu diesen Gruppen gehören zum Beispiel die Bekennende Kirche, der Johanniterorden – und die Corps.

In dem Band „Corpsstudenten im Widerstand gegen Hitler“ wird aber kein Netzwerk vorgestellt, sondern es geht um die Personen jenes Widerstands mit ihren individuellen Motiven. Vor allem es ist gelungen, mehrere Widerstandskämpfer, von denen dies bisher unbekannt war, einem Corps zuzuordnen. Dies wertet generell die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe als Motivation zum Widerstand deutlich auf.

Peter Graf Yorck v. Wartenburg, Adam v. Trott zu Solz, Ulrich v. Hassell – prominente Namen. Sie alle waren zu Studienzeiten in einem Corps aktiv. Doch da waren auch Walter Eucken und Franz Böhm. Sie waren Nationalökonom, Professoren an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität, und sie waren beide an der Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft beteiligt. Das wissenschaftliche Modell, aus dem nach dem Ende der Hitler-Diktatur Ludwig Erhard und Alfred Müller Armack den märchenhaften



wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik entwickeln konnten, stammt unter anderem von Böhm und Eucken, den Widerstandskämpfern. Sie waren Mitglieder der Freiburger Kreise, in denen sich die intellektuell enorm wichtige Arbeit im Widerstand gegen Hitler abspielte.

38 Lebensbilder, dazu einordnende Aufsätze, und dies alles im Kontext der höchst aktuellen Netzwerkforschung – „Corpsstudenten im Widerstand gegen Hitler“, verlegt von Duncker & Humblot in Berlin, ist eine spannende Neuerscheinung, und zwar durchaus nicht nur für Angehörige einer Studentenverbindung. Die Zentrums- und die Bekennenden Kirche – sie verdienen es ebenfalls, nach den Kriterien der Netzwerkforschung auf ihren Beitrag im Widerstand gegen Hitler beleuchtet zu werden.

Sebastian Sigler (Hrsg.)

Corpsstudenten im Widerstand gegen Hitler

Duncker & Humblot, Berlin

Hardcover, Bildteil s/w, Schutzumschlag, vier Lesefäden, etwa 530 Seiten, 38 Euro.

Erscheint im Juni 2014.

Die Titelzeile dieser Skizze ist den Lebenserinnerungen Hans v. Arnims aus dem Jahre 1968 entnommen, in denen er auch in größerem zeitlichen Abstand Wilhelm v. Arnim als einen derer „in dem schrecklichen Spiel“ würdigt, „die mit uns übereinstimmten und die Epoche überwinden halfen. Es bildete sich ein zweites, ein anderes Deutschland, in dem die Gleichgesinnten sich enger zusammenschlossen.“

Wilhelm v. Arnim bleibt uns ein Vorbild darin, Verantwortung für eine gute Sache zu übernehmen und das mutige

Bekenntnis dazu über den eigenen Vorteil zu stellen.

- 1 Vgl. dazu: Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Best. 50/652; leider ohne Unterschrift, aber in seiner markanten Handschrift schreibt Wilhelm v. Arnim am 5. Oktober 1934 für den Bruderrat der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburg, Abtlg. Mark Brandenburg, an den Pfarrer i.R. Ernst Althausen: „Ich habe als in den Gemeindegemeinderat Lützelow und Hohengüstrow eingetretener Patron 37 Dienstjahre. Die Wesensart märkischer Landgemeinden behaupte ich einigermassen gut zu kennen.“
- 2 Otto v. Arnim war 1935 Fuchs bei Saxo-Borussia, als das Corps zwangssuspendiert wurde, und ist im Urteil

des Akademischen Disziplinargerichts der Universität Heidelberg vom 3. Juli 1935 als Bestrafter aufgeführt.

- 3 Im Folgenden sind insbesondere zitiert: Hohrmann, Lilian, Brandenburgische Kirchenpatrone in der NS-Zeit, Berlin 2005; und: Arnim, Hans v., Wilhelm von Arnim-Lützelow, in: Niemöller, Wilhelm (Hrsg.), Lebensbilder aus der Bekennenden Kirche, Berlin 1949, S. 16–20.



Henning Aretz

ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, Jurist, Presbyter, Kreissynodaler und Leiter der Subkommende Essen des Johanniterordens.

Gelobtes Land – zerrissenes Land

| Dr. Detlef Baer

„**E**rst kommt Sicherheit, dann der Frieden“, sagt Arye Shalicar im Gespräch in einem Jerusalemer Hotel. Er ist einer der Sprecher der israelischen Armee und Jude mit iranischen Wurzeln, in Deutschland geboren, im Wedding aufgewachsen und nach Israel eingewandert. Jeder Jude kann nach Israel kommen, um dort zu leben. Rund acht Millionen Bewohner hat das Land, das so groß ist wie Hessen. Etwa sechs Millionen davon sind Juden, 1,6 Millionen Araber mit israelischem Pass. Nach wie vor kommen noch Einwanderer, obwohl es durchaus gefährlich sein kann, dort zu leben. Im Alltag spürt man das in diesen Tagen nicht. Es sind kaum Uniformierte zu sehen, das Leben geht seinen ganz normalen Gang. Die Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten schaffen eine gewisse Sicherheit.

Aber das reicht nicht. Israel ist von vielen Gefahren umgeben. Im Norden ist es die Hisbollah, die den Süden des Libanon beherrscht. Im Nordosten ist Syrien. An der Grenze hört man die Schüsse der Kämpfe des Bürgerkriegs, der das Land seit fast drei Jahren beherrscht. Von den Golan-Höhen kann man weit nach Syrien sehen und nur erahnen, was dort passiert. Im Süden, vom Sinai aus, operieren seit dem arabischen Frühling von Al-Qaida unterstützte Bewaffnete und machen die Grenze unsicher. Der Gaza-Streifen, in dem die Hamas regiert, ist ein Pulverfass. Von dort aus fliegen immer wieder Raketen nach Israel. „Allein im vergangenen Jahr waren es 70“, sagt Shalicar. „Stell dir irgendeine andere Demokratie vor, in der das passiert. Wir sind schon mit 70 zufrieden und fühlen uns sicher. Früher waren es 70 im Monat.“ Viele hätten aber das Gefühl, dass sich die Lage immer dann verschlechtert habe, sobald sich Israel zurückgezogen habe. Sei es der Sinai, der Südlibanon oder der Gaza-Streifen vor acht Jahren.

Wir sind in Netiv Haasara, einem Ort, der 400 Meter vom Gaza-Streifen entfernt liegt. Die Menschen leben von der Landwirtschaft. In riesigen Gewächshäusern werden Cherrytomaten aus dem Wüstensand gezogen. Von hier aus sieht man Gaza-Stadt und eine Betonmauer. Sie trennt Israel von dem schmalen Küstenstreifen, in dem etwa 1,7 Millionen

Palästinenser leben. „Morgens und nachmittags kommen die meisten Kassam-Raketen. Genau dann wenn unsere Kinder mit dem Bus in die Schule und zurück gebracht werden“, sagt Smadr Shmilovich. Etwa 120 Familien mit 280 Kindern leben direkt hinter der Mauer. Die Regierung habe weitere Häuser genehmigt und so haben sie eine Warteliste. Trotz aller Gefahr ist der Ort beliebt, um dort zu wohnen. Der Lebensstandard ist hoch und das Zusammengehörigkeitsgefühl ausgeprägt. Siedlungen wie diese sind bei den Israelis beliebt. Ob hier auch Palästinenser leben, wird Frau Shmilovich gefragt. Sie verneint heftig. Es könne hier jeder wohnen, doch bisher habe sich noch kein Palästinenser gemeldet.

Es gibt für alles komplizierte Regelungen und Genehmigungen. Trotz allem hat sich in den vergangenen Jahren der Lebensstandard auch dort verbessert.

In Ramallah, dem Sitz der Autonomiebehörde, wird wie auch in Israel sehr viel gebaut. Allerdings sind die sozialen Unterschiede sehr groß. Das ist der ideale Nährboden für Extremisten, die Hass gegen Israel schüren, so wie es auch auf israelischer Seite Siedler gibt, die Unfrieden stiften. Eine der entscheidenden Fragen ist die Wasserfrage.

Solange ein Palästinenser weniger Wasser zur Verfügung hat als ein Israeli, bilden sich immer wieder Konflikte. Es ist eine komplizierte Situation. Eine Zweistaatenlösung, wie sie seitens der USA und



Neben dem Gaza-Streifen leben im Westjordanland, der sogenannten West-Bank, 2,2 Millionen Palästinenser. Dazu kommen rund 300.000 Juden, die abgeschirmt in rund 200 Siedlungen wohnen. Das Gebiet ist aus der Bibel, sowohl der hebräischen wie dem christlichen Neuen Testament als Siedlungsgebiet der Hebräer und Samaritaner sowie verschiedener kanaanitische Völker bekannt. Es wurde im Lauf seiner mehrtausendjährigen Geschichte oft erobert und besetzt, Teile davon bildeten die biblischen Reiche Israel und Juda. Heute wird das Westjordanland in großen Teilen vollständig durch die palästinensische Autonomiebehörde verwaltet. Es gibt aber auch Gebiete, die teilweise und vollständig durch Israel kontrolliert werden. Dadurch ist das Westjordanland ein Flickenteppich. Durch eine Betonmauer vollkommen von Israel getrennt, ergeben sich immense Probleme für die Menschen im Alltag.

Europa favorisiert wird, scheint heute in weiter Ferne.

Denn Jerusalem ist Teil des Problems und einer der vielen Streitpunkte. Israel hat Ost-Jerusalem 1967 annektiert. Dort leben in der Mehrzahl Palästinenser, die aber nicht die gleichen Rechte, wie die Israelis haben. Viele fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Dafür gibt es eben auch objektive Gründe. Für Israel ist Jerusalem nicht verhandelbar. So bleibt das etwas ernüchternde Fazit der Reise, dass ein eigener Palästinenser-Staat heute in so großer Ferne ist, wie lange nicht mehr. Die Menschen, so scheint es, haben sich darauf eingestellt.



Dr. Detlef Baer

ist Mitglied im Landesvorstand des EAK-Thüringen und war mit einer Reisegruppe der Landeszentrale für politische Bildung in Israel.



Gerhard Arnold
Gerechter Friede am Hindukusch?
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2013,
ISBN 978-3-579-01607-8
Paperback, 338 Seiten, 39,99 EUR

Gerhard Arnold, der den Leserinnen und Lesern der „Evangelischen Verantwortung“ schon durch zahlreiche friedensethische und sicherheitspolitische Beiträge der letzten Jahre bekannt ist, dokumentiert in dieser zeitgeschichtlichen Studie die öffentlichen Reden und kontroversen Diskussionen innerhalb der Evangelischen Kirche zum Afghanistan-Einsatz seit dem Jahr 2008, in dem sich die Konfliktsituation für die dort stationierten Bundeswehrsoldaten bereits deutlich zu verschärfen begann. Wie reagierten die beiden neuen EKD-Spitzenrepräsentanten, wie der damalige Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber? War ihnen die neue EKD-Friedensdenkschrift vom Oktober 2007 eine Hilfe? Und wie veränderte bzw. beeinflusste die These von Bischöfin Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt von 2010 („Nichts ist gut in Afghanistan“) die weiteren Diskussionen? – Kritisch und mit hoher Sachkenntnis wird hier deutlich, welche Schwierigkeiten den (tages)politischen Reden und Stellungnahmen der Kirche oft innewohnen. Arnold kommt zu dem ernüchternden Schluss: „Das allgemeine gesellschaftliche Desinteresse an sicherheitspolitischen Fragen erstreckt sich auch auf die Landeskirchen und ihre Gliederungen bis hinab in die Gemeinden. (...) Doch welchen Einfluss kann kirchliches Reden über Afghanistan auf die politische Diskussion und politische Entscheidungsprozesse nehmen, wenn es im eigenen kirchlichen Bereich kaum Resonanz findet?“ Auch das „Interesse an selbstkritischen Fragen zu öffentlichen Reden in sicherheitspolitischen Konflikten scheint gering. Eine lernbereite Kirche braucht aber die Rückbesinnung um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen.“ – Sehr lesenswert!

Empfehlung ★★★★★



Philipp Thull/ Hamid Reza Yousefi (Hrsg.)
Interreligiöse Toleranz
Von der Notwendigkeit des christlich-
islamischen Dialogs
WBG, Darmstadt 2014,
ISBN 978-3-534-26412-4
gebunden, 338 Seiten, 39,99 EUR

Diese Aufsatzsammlung von christlichen und muslimischen Autoren versucht in dem dichten Minenfeld des fest gefahrenen und von wechselseitiger Vorurteilsbeladenheit gekennzeichneten Verhältnisses zwischen Christentum und Islam theologische Brücken zu bauen und der weiteren gegenseitigen geistigen Entfremdung entgegenzutreten. Dabei werden die sensiblen Konfliktlinien (Menschenrechte, Fundamentalismus, Dihad, Religionsfreiheit, Gottesbilder) durchaus klar benannt, aber dennoch – gut dialogisch – die Perspektiven für Berührungspunkte, Annäherungen und Gemeinsamkeiten gesucht.

Empfehlung ★★★★★



Rabbinerin Dr. med. Antje Yael Deusel
Mein Bund, den ihr bewahren sollt
Herder, Freiburg im Breisgau 2012,
ISBN 978-3-451-30612-9
Paperback, 167 Seiten, 19,95 EUR

„Untrennbar sind Beschneidung und Judentum miteinander verbunden, von den Ursprüngen bis in die Gegenwart“. Es ist noch nicht allzu lange her, dass das Beschneidungsurteil des Kölner Landgerichtes nicht nur im Judentum in Deutschland, sondern in der ganzen Welt für heftige Diskussionen sorgte. Auch der EAK beteiligte sich frühzeitig an dieser intensiven und höchst emotionalen Debatte und kritisierte, in welcher Weise das Gericht ein selbstverständliches, Identität prägendes und jahrtausendealtes Religionsrecht in völlig unnötiger Weise in Frage gestellt hatte. Dieses hervorragende Buch der Rabbinerin Dr. Antje Yael Deusel leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Versachlichung in der Beschneidungsfrage, indem es nicht nur die religionsgesetzlichen, sondern auch medizinischen Aspekte ausführlich behandelt. Gerade auch in der historischen Perspektive wird klar, wie stark die Ablehnung der Beschneidung durch das jeweilige nicht-jüdischen Umfeld immer schon unselige und folgenschwere Konsequenzen hatte.

Empfehlung ★★★★★



Nikolaus von Kues,
Die philosophisch-theologischen Schriften
Hrsg. und eingef. von Leo Gabriel. Mit einem
neuen Vorwort von Walter Andreas Euler.
Übers. von Dietlind und Wilhelm Dupré.,
Lat./Dt., WBG, Darmstadt 2014.
ISBN 978-3-534-25754-6
3 Bände gebunden (nur geschl. beziehbar).
Zus. 2274 Seiten, 99,95 EUR

Das philosophisch-theologische Werk eines der faszinierendsten Gestalten der europäischen Geistesgeschichte liegt nun endlich wieder in der hervorragenden zweisprachigen Ausgabe von 1964 vor. Nikolaus von Kues, dessen 550. Todestages wir in diesem Jahr gedenken, hatte in einer bewegenden Epoche Europas (er war 1453 Zeitzeuge der Eroberung Konstantinopels durch die Türken!) viele Jahre hindurch nicht nur höchste kirchliche und politische Ämter inne, sondern war als tiefgründiger und neuartiger Denker auf der Schwelle zur Neuzeit sowohl ein Wegbereiter des sich neu anbahnenden Wissenschaftsparadigmas als auch der konfessionellen bzw. religiösen Verständigung.

Empfehlung ★★★★★

Kreativwettbewerb „Islamisches Leben in Deutschland“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen führt unter dem Titel „Islamisches Leben in Deutschland“ einen Kreativwettbewerb durch. Dazu möchten wir Jugendliche aus ganz Deutschland zur Teilnahme einladen.

Was wäre, wenn Jugendlichen die Chance eröffnet würde, mit Menschen islamischer Herkunft bzw. Experten in einen Dialog zu treten, unter Einsatz moderner Medien selbst ein Projekt durchzuführen und damit einen Beitrag zur gegenseitigen Toleranz zu leisten?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte dies Wirklichkeit werden lassen. Jugendliche können an unserem Kreativwettbewerb „Islamisches Leben in Deutschland“ teilnehmen, welcher ihnen eine neue Perspektive auf das islamische Leben verspricht. Sie sollen sich gestalterisch oder dokumentarisch mit islamischem Leben in Deutschland befassen: sei es mit Videos, Animationen, Fotografien, Musikstücken, Homepages, Zeichnungen oder auch Texten. Die Darstellung kann sich u. a. auf Personen, Bräuche, Gebäude oder Institutionen beziehen.

Beispiele:

- Beispielsweise können die Jugendlichen durch einen Film die Traditionen, Bräuche oder aktuellen Herausforderungen des Islams dokumentieren.
- Auf einer Homepage können die Jugendlichen über die islamische Speisekultur
- informieren und Wege aufweisen, wie diese in Deutschland gelebt werden kann.
- Die Jugendlichen können auch die latente beziehungsweise offene
- Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft thematisieren.

Lassen Sie Ihrer Fantasie freien Lauf!

Der Ablauf ist wie folgt geplant:

In Gruppen- oder Einzelarbeit werden die Ausarbeitungen angefertigt. Die Gruppen können beliebig groß sein.

Stichtag der Abgabe ist der 31. Oktober 2014. Danach beginnt die prominent besetzte Jury – bestehend aus Ismail Baser, Vorstandsvorsitzender Schura Bremen, Julia Theres Held, Moderatorin beim ZDF, Insa Löll, Moderatorin bei ENERGY Bremen, und Christian Wulff, Bundespräsident a. D. – die bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen eingereichten Arbeiten zu bewerten.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Die Ergebnisse werden am 24. November 2014 im Rahmen einer festlichen Abendveranstaltung, jeweils verbunden mit einer Laudatio für die besten Arbeiten, der Öffentlichkeit präsentiert. Auf die Bestplatzierten warten Geldpreise in Höhe von 1000 Euro für den ersten Platz, 500 Euro für den zweiten Platz und 200 Euro für den dritten Platz! Das Rahmenprogramm wird mit einem Empfang und Musik abgerundet.

Im gesamten Projekt legen wir Wert auf das Lernen über den Islam, den interkulturellen Dialog und das Gespräch mit muslimischen Bürgern. Wir sind überzeugt, dass man durch den kreativen Einsatz moderner Medien und den möglicherweise ungewohnten Blickwinkel auch komplexe Themen lebendig werden lassen kann!

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Sie für unser Projekt gewinnen könnten! Leiten Sie unsere Einladung an interessierte junge Frauen und Männer weiter! Weisen Sie Freunde und Bekannte auf unser Projekt hin. Nur durch das Engagement vieler entsteht eine tolerantere Gesellschaft.

Im Folgenden sind die Eckdaten für Sie noch einmal zusammengefasst:

Abgabestichtag:

31. Oktober 2014, 18:00 Uhr

Abgabeort:

Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen,
Martinistraße 25,
28195 Bremen

Preisverleihung

Preise: 1000 Euro, 500 Euro, 200 Euro

Wann: 24. November 2014, 18:00 Uhr

Wo: Atlantic Grand Hotel, Bredenstraße 2, 28195 Bremen

Sollten Sie Fragen zum Kreativwettbewerb „Islamisches Leben in Deutschland“ haben, können Sie uns jederzeit anrufen (Tel.: 0421-163 00 94) oder mailen (E-Mail: kas-bremen@kas.de).

Reformation und Politik –

33. Hermannsburger EAK-Tagung

EKD-Vize-Präses und Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein zu Gast

Zur nunmehr 33. Hermannsburger EAK-Tagung, 1981 vom langjährigen stellv. EAK-Bundesvorsitzenden **Gustav Isernhagen** begründet, hatte der EAK-Niedersachsen Ende Januar geladen.

Im Evangelischen Bildungszentrum Hermannsburg konnten wie in all den Jahren zuvor wieder zahlreiche prominente Vertreter aus Politik und Kirche begrüßt werden.

Diesjähriger Hauptreferent war **Dr. Günther Beckstein**, EKD-Vize-Präses und bayerischer Ministerpräsident a.D. In seinem Referat zum Tagungsthema „Reformation und Politik“ bekannte sich der CSU-Politiker zunächst zu seinen christlichen Wurzeln: „Der Christliche Verein junger Menschen (CVJM) hat mich als Jugendlicher sehr geprägt. Seitdem versuche ich, als Christ aktiv die Gegenwart



v.l.n.r.: Dirk Heuer, Ute Ernsting, Günther Beckstein

zu gestalten, also mich politisch einzumischen.“ Hilfreich sei dabei für ihn die lutherische „Zwei-Reiche-Lehre“ und die von Max Weber vorgenommene Unterscheidung zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik. Christ sei man in beiden Bereichen, aber die Aufgaben seien verschieden.

Der Staat gründe sich auf der christlichen Ethik, führte Beckstein weiter aus. Eine Grundüberzeugung christlicher Ethik sei, dass jeder Mensch die gleiche Würde habe: „Das ist eine großartige Botschaft, die für viele Politikbereiche sehr wichtig ist.“ Sie schütze Politiker auch vor Hybris: „Man glaubt schnell, dass man der Allergrößte ist, dabei soll man aber dem Allerhöchsten dienen!“

Nachhaltigkeit sei ein wichtiges politisches Gebot, nicht zuletzt wegen des starken weltweiten Bevölkerungswachstums: „Wir müssen erreichen, dass wir weniger Ressourcen verbrauchen. Dazu braucht es innovative Lösungen, z.B. Kreislaufsysteme. Wachstumsverzicht ist aber keine Lösung, sondern intelligentes Wachstum“, zeigte sich Beckstein überzeugt. Und was für die Ressourcen gelte, gelte auch für die Finanzen: „Die Schulden sind zu hoch. Darum ist es richtig, die Schuldenbremse verpflichtend eingeführt zu haben.“ Zur aktuellen Situation in Afghanistan würdigte Beckstein die entsprechende aktuelle kirchliche Stellungnahme. Sie habe richtigerweise unterstrichen, dass es notwendig sei, sich bei jedem Militäreinsatz zuvor auch Klarheit über die Ziele und die

Möglichkeiten eines begleitenden zivilen Aufbaus zu verschaffen.

Zur viel diskutierten Familien-Orientierungshilfe der EKD betonte Beckstein, dass die Familie die entscheidende Größe unserer Gesellschaft sei, und es gelte, alles zu fördern, was die Familie stärke. Dazu gehöre auch der qualifizierte Ausbau von Krippen und Kindertagesstätten – soviel, wie nötig sei.

Zum Abschluss seiner Rede hob der ehemalige bayerische Ministerpräsident noch einmal bilanzierend hervor, dass Christen ganz unterschiedliche politische Ansichten haben und es wichtig sei, auch im harten inhaltlichen Schlagabtausch stets den Respekt vor dem politisch Andersdenkenden zu bewahren.

Der zweite Teil der Tagung beschäftigte sich mit dem Staatskirchenrecht. **Dr. Christoph Thiele**, Oberkirchenrat und Leiter der Rechtsabteilung des Kirchenamtes der EKD, referierte über „Das deutsche Staatskirchenrecht im europäischen Kontext“. Landes- und bundespolitische Aspekte dieses Themas beleuchtete **Dr. Maria Flachsbarth**, Parlamentarische Staatssekretärin und ehemalige Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Den Abschluss der Tagung bildete der Vortrag „Christlicher Glaube und politisches Engagement in weltweiter Perspektive“ von **Prof. Dr. Wilhelm Richebächer** (Fachhochschule für Interkulturelle Theologie/Hermannsburg).

EAK-aktuell



Möchten Sie über die Arbeit des EAK auf dem Laufenden gehalten werden? Möchten Sie stets aktuelle Informationen, Pressemitteilungen, Materialien und Newsletter erhalten? Dann melden Sie sich mit Ihrer E-Mail-Adresse auf unserer Webseite: <http://www.eak-cducsu.de/web/kontakt.php> an.

EAK-Charlottenburg- Wilmersdorf

Neuigkeiten aus dem Berliner EAK-Kreisverband



v.l.n.r.: Andreas Fuhrmeister, Simone Sand, Stephan Haegner, Carola Napieralla, Marianne Graband, Arne Herz

Wie ein kleines gallisches Dorf der römischen Übermacht Paroli bietet und trotzdem nichts an seiner Lebensfreude einbüßt, so beweist auch der Evangelische Arbeitskreis Charlottenburg-Wilmersdorf seinen (Über-)Lebenswillen als einziger aktiver Kreisverband des EAK in ganz Berlin.

Am 28. Februar 2014 fand die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen statt. Die fast 30 Teilnehmer an diesem Abend zeigten nicht nur durch ihre Präsenz sondern auch durch ihre Rede-Beiträge, dass ihnen die Verbindung von Glaube und Politik gerade in unserer Zeit und gerade in Berlin wichtig ist. So erklärte ein Teilnehmer, beruflich bei der Staatsanwaltschaft angesiedelt, sein Befremden darüber, dass nicht nur immer mehr Zeugen auf die Eidesformel mit religiöser Beteuerung verzichten, sondern vor allem immer mehr Zeugen gar nicht wissen, was die religiöse Beteuerung eigentlich ist.

In den Neuwahlen wurde der bisherige Vorstand bis auf eine Änderung bei den Beisitzern bestätigt und versprach, die bisherige Arbeit fortzusetzen und zu verbessern. In den letzten zwei Jahren sind vor allem „gemeinsame Abendessen“ mit verschiedenen Ehrengästen veranstaltet worden. Der Ehrengast hielt eine etwa halbstündige einführende Rede. Anschließend, beim gemeinsamen Essen, wurde über das jeweilige Thema diskutiert. Die Abendessen waren stets sehr gut besucht, was sicherlich auch daran lag, dass die Themenwahl breit gestreut war. Unser Gast **Manuela Bleiberg** beispielsweise erklärte die

Tradition des jüdisch-koscheren Essens, was dann anhand eines entsprechenden Büffets auch geschmacklich nachempfunden werden konnte. Landespfarrerin **Gabriele Lucht** berichtete von ihrem Engagement auf dem Gebiet der Krankenhauseseelsorge für die EKBO und der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche auf diesem Gebiet. **Dr. Dirk Kroegel**, stellvertretender Beauftragter für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Berliner Senat, gab einen Überblick über die Voraussetzungen für die Anerkennung einer Religionsgemeinschaft mit dem Privileg, Kirchensteuer vereinnahmen zu dürfen. Er zeigte auf, welche Schwierigkeiten daraus für muslimische Gemeinden in Berlin resultieren. Landespfarrer **Dr. Andreas Goetze** beschrieb die Wesenszüge der Toleranz und stellte seine Arbeit als Beauftragter der EKBO für interreligiösen Dialog dar. **Professor Wolfgang Benz** wiederum berichtete von seiner langjährigen Arbeit als Leiter des Antisemitismusinstituts an der Technischen Universität Berlin. Er schilderte die Entwicklungen vom Antijudaismus zum Antisemitismus und ging auf die Parallelen zur Islamophobie ein.

Im Mai 2014 steht nun die erste größere Bewährungsprobe des EAK Charlottenburg-Wilmersdorf bevor: Neben der Teilnahme an der Kundgebung zum Europa-Wahlkampf am 14. Mai 2014 auf dem Breitscheidplatz mit einem eigenen Stand stellt die für den 27. Mai 2014 geplante Podiumsdiskussion mit Frau **Dr. Irmgard Schwaetzer**, der Präses der EKD-Synode, und dem

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Hans-Michael Bender, Dieter Hackler, Norbert Kartmann, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Johanna Schulze, Steffen Schmalor, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Konto-Nr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

David McAllister MdL
Klaus Baschang OKR i.R.
Henning Aretz
Dr. Detlef Baer

Alle Autoren erreichen Sie über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin

Druck

Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation EV:

Agentur kollundkollegen, Berlin

Fotonachweis

Titelbild: © CDU-Bildarchiv
S. 3: © istock © Dutchy
S. 6: © epd-Bildarchiv
S.10: © epd-Bildarchiv
S.11: © Archiv Aretz
S.15: © Dr. Detlef Baer
S.18: © Archiv Heuer
S.19: © Christoph Brzezinski

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100% chlorfrei

EAK-Bundesgeschäftsführer, Christian Meißner, zum Thema „Zukunft der Kirche“ eine Herausforderung für den noch jungen EAK dar. Für den Herbst des Jahres ist außerdem auf Bitten der Mitglieder ein Veranstaltungszyklus zum Thema „Vorfolgte Christen weltweit“ in Vorbereitung.

Brücken zwischen Kirche und Politik zu bauen, ist das Anliegen unseres Arbeitskreises. Dieses kleine unbeugsame gallische Dorf – um im Bild des Eingangssatzes zu bleiben – hat sich insofern, wie die vorstehenden Ausführungen zeigen, bestens bewährt. Mitstreiter und Gäste sowie Veranstaltungen und Aktivitäten auf der Suche nach den Brücken charakterisieren den kleinen Kreis und zeichnen ihn in seiner Effektivität aus. Für uns ist das im Glauben an die Zukunft der Kirche und an die Zukunft der Gemeinschaft der Bürger ein wesentlicher Schritt, daran zu arbeiten, dass Kirche und Politik sich gegenseitig ergänzen.



*„Gedenke an deine Knechte Abraham,
Isaak und Israel, denen du bei dir selbst
geschworen und verheißten hast: Ich will eure
Nachkommen mehren wie die Sterne
am Himmel...“ (2. Mose 32, 13)*

Mose widersteht einer naheliegenden Versuchung des klassischen Frommen, sich im Bewusstsein der Erfahrung der eigenen Gottesgemeinschaft souverän über die Sünde der jeweils Anderen zu erheben. Stattdessen fühlt er sich seinem von Gott abfallenden Volk nicht etwa enthoben oder geht auf Distanz zu ihm, sondern ergreift – wenngleich bestürzt über den schnellen Gebotsbruch – mit Herz und Seele Partei für seine Geschwister.

Gerade auch in der Gemeinde des Neuen Bundes sollte eine solche Fürbitte, die ja immer Bitte der Gerechtfertigten und Sünder zugleich ist, niemals etwas von der gnadenvollen Selbstverständlichkeit einbüßen, mit der sie bereits im Alten Bund verwirklicht wurde. Schon Dietrich Bonhoeffer machte in Bezug auf die Fürbitte des Christenmenschen unmissverständlich deutlich: „Wer dem Nächsten die Fürbitte versagt, versagt ihm den Christusdienst.“ Und Bonhoeffer wusste auch, was man als die Spitze der biblischen Gnadenerkenntnis bezeichnen könnte: „Es gibt keine Abneigung, keine persönliche Spannung oder Entzweiung, die nicht in der Fürbitte, was uns betrifft, überwunden werden könnte.“ Genauso müssen aber auch Völker, Nationen und Gesellschaften, denen mehr und mehr die Fähigkeit der selbstkritischen Anerkennung von Schuld und Sünde abhandengekommen ist, früher oder später selbst völlig zerrissen und gnadenlos werden.

Christian Meißner
Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU